

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S. 3 Steuerreform: Angebotsorientierte Entlastung – wem kommt sie zugute?

S. 5 Die BRD darf den Überlebenden nicht länger ihr Recht verweigern!

S. 8 Tschechien: Kommunisten im Aufstieg

S. 12 „Trotz alledem!“

S. 16 Pflegebedürftige alte Menschen

S. 20 Partei von unten – Probleme eines Konzeptes



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24009468, Fax: 030 / 24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichten veröffentlichen die Mitteilungen der „ArGe, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

KEIN UMDENKEN. 20 Organisationen aus dem Bereich der Landwirtschaft, des Umwelt- und Tierschutzes haben sich mit dem „Kritischen Agrarbericht 2000“ zu Wort gemeldet. Darin kritisieren sie, dass die Regierungskoalition keinen Richtungswechsel in der Agrarpolitik vorgenommen hat. Es gebe kein Konzept für eine Landwirtschaft, die dem Umweltschutz, der artgerechten Tierhaltung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze dient. Vor allem kritisiert der Bericht, dass die Regierung weder regionale Märkte noch ökologische Erzeugnisse unterstütze. Die Sparbeschlüsse träfen vor allem kleine und mittlere Betriebe und gefährdeten so die ökologische Landwirtschaft.

UNTER VORBEHALT. Die Bundesregierung plant ein neues Sozialgesetzbuch IX. Bereits im Dezember war ein Eckpunktepapier dazu im Parlament erörtert worden, und schon damals hatte z.B. der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert, dass zwar die richtigen Themen aufgegriffen und die seit langem bekannten Schwachstellen der jetzigen Rechtslage analysiert worden, jedoch keine Lösung aufgezeigt seien. Eine Reform mache nur Sinn, wenn verbesserte Hilfen und klare einklagbare Rechtsansprüche außerhalb der Sozialhilfe in einem Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen stehen. Vor allem müsse die weitgehende Heranziehung von Eltern behinderter Kinder zu den Kosten der Eingliederungshilfen „in sehr grundsätzlicher Weise auf den Prüfstand“. Der von der Regierung geltend gemachte Finanzierungsvorbehalt, der im Eckpunktepapier enthalten war und jetzt bekräftigt wurde, droht jedoch alle konkreten Leistungserweiterungen und die tatsächlich verbesserte Rechtslage womöglich auf Jahre zu torpedieren. Neu gegenüber dem Eckpunktepapier ist an den jetzt vorgestellten Plänen, dass der am 3.12.99 gegründete Deutsche Behindertenrat (DBR), dem faktisch alle Behindertenverbände angehören, zukünftig „Mitwirkungsrechte“ auf gesetzlicher Grundlage erhalten sollen.

ALTERNATIVE THERAPIEN. Das Sozialgericht Lübeck hat im Dezember den Antrag des Bundesversicherungsamt, der Betriebskrankenkasse Securvita die Erstattung alternativer Therapien umgehend einzustellen, abgelehnt. Die Securvita erstattet z.B. Akupunktur mit 70 DM je Behandlung und übernimmt auch die Kosten z.B. für eine Maltherapie, wenn sie von einem ausgewiesenen Vertragsarzt verordnet ist, und verzeichnet aufgrund dessen einen raschen Anstieg ihrer Mitgliederzahlen. Das Amt fordert, diese und andere Therapieformen aus dem Regelauftrag herauszunehmen. Die Kostenersatzung für nicht offiziell anerkannte Naturheilverfahren ist zwar möglich, aber nur, wenn die Krankenkasse neuartige Verfahren im Modellversuch erprobt und die Therapie vom Medizini-

schen Dienst der Krankenversicherung (MDK) zuvor begutachtet und befürwortet wurde. Die Securvita macht dagegen geltend, dass sie täglich ca. 200 derartiger Versicherungsfälle betreut und die MDK keine ausreichenden Gutachterkapazitäten dafür aufbieten kann. Noch im Januar wird das Sozialgericht Lübeck im Hauptverfahren entscheiden, ob alternative Therapien auf Kosten der Krankenkasse zulässig sind.

BLEIBERECHT! Am 9.1. trafen sich 300 Vertreter der aus dem Kosovo vertriebenen Roma und Aschkali in Göttingen; wie beschlossen, zukünftig im „Forum für Roma, Aschkali und Ägypter aus dem Kosovo“ zusammenzuarbeiten und boten auch weiteren, auf der ersten Konferenz noch nicht vertretenen Flüchtlingsgruppen die Mitarbeit an. Sie forderten von den Nato-Staaten und der UN-Verwaltung v.a., die Sicherheit der noch verbliebenen ca. 30.000 Roma und Aschkali im Kosovo zu gewährleisten, das Eigentum der Vertriebenen müsse zurückerstattet und die zerstörten Siedlungen in das Wiederaufbauprogramm miteinbezogen werden. Von den deutschen Innenministern forderten sie ein Bleiberecht in der BRD bis zur gefahrlosen Rückkehr.

ISOLATIONSCHAFT ABSCHAFFEN! Seit dem 29. 11. befindet sich der zu lebenslanger Haft verurteilte DHKP-C-Funktionär İlhan Yelkuvan in einem Hungerstreik im UHA Hamburg gegen die Isolationshaft, der er unterworfen ist. 15 Gefangene in mehreren Gefängnissen in der BRD, weitere Gefangene in europäischen Gefängnissen und eine nicht genau bekannte Zahl von Gefangenen in der Türkei befinden sich zur Zeit in einem Solidaritätshungerstreik, den einige Gefangene inzwischen zu einem „Todesfasten“ ausgeweitet haben. İlhan Yelkuvan ist 24 Stunden total isoliert, Zeitschriften werden ihm gar nicht, Briefe erst stark verspätet ausgehändigt, und er wird mit zahlreichen Verboten, periodischen Zellenrazzien und der Zerstörung persönlicher Dinge schikaniert. Die PDS-Abgeordnete Jelpke forderte jetzt: „Die Isolationshaft muss endlich abgeschafft werden – nicht nur für die jetzt im Hungerstreik befindlichen Gefangenen.“

KNEBELUNG. Erneut wurden die Räume der kurdischen Tageszeitung *Özgür Politika* in Neu-Isenburg, Düsseldorf und Berlin durchsucht, und zwar am gleichen Tag, an dem die Koalitionspartner in der Türkei über das Todesurteil gegen den PKK-Vorsitzenden Öcalan verhandelten. Vorwurf: *Özgür Politika* unterstütze die PKK. Botschaft: Die BRD hält am Ziel der Zerschlagung der PKK fest, boykottiert alle Bestrebungen der kurdischen Seite, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, und unterstützt nach wie vor die repressive Kurdenpolitik der Hardliner in der Türkei.

Angebotsorientierte Entlastung – wem kommt sie zugute?

Inzwischen liegt ein Referentenentwurf für eine Steuerreform der Bundesregierung für die Jahre 2001 bis 2005 vor. Öffentliche Aufmerksamkeit erregte vor allem die positive Reaktion der Börse – die Aktienkurse stiegen zweimal aufgrund von Details aus dem Paket: zum ersten Mal wegen der künftig steuerfrei möglichen Veräußerung von Firmenbeteiligungen, die Kapitalgesellschaften halten. Diese Maßnahme wird vor allem Banken und Versicherungen zugute kommen. Sie können ab dem nächsten Jahr ihre Beteiligungen an Unternehmen ohne steuerliche Belastungen veräußern; die Folgen werden, im Jargon der Shareholder gesprochen, ein erleichtertes Aufbrechen verkrusteter Strukturen sein. Zerschlagung von Firmen und Neugruppierungen werden erleichtert – die Folgen für Beschäftigte bezüglich Arbeitsplatz und Lohnhöhe sind zur Genüge bekannt.

Zum zweiten Mal jubelte die Börse, als das sogenannte Halbeinkünfteverfahren bekannt wurde. Danach werden Erlöse aus Dividenden nur noch mit dem halben persönlichen Steuersatz belegt; die andere „Hälfte“ des Gewinns wird vor Ausschüttung bei der Kapitalgesellschaft mit einem Steuersatz von 25% belegt. Zusammen mit der Regelung, dass künftig auch die Kursgewinne beim Verkauf von Aktien nur noch mit dem halben persönlichen Steuersatz belastet sind, ist das eine kräftige Beförderung der „Aktienkultur“.

Auch die Senkung des Höchststeuersatzes bis zum Jahre 2005 auf 45 Prozent gehört zu dem Teil der Steuerreform, der von den Autoren so umschrieben wird: „endlich attraktive Bedingungen für Investitionen aus dem In- und Ausland bieten“.

Verständlich, dass „die Wirtschaft“ im Großen und Ganzen mit dem Finanzminister zufrieden ist. Die Verbände von Industrie und Handwerk ebenso wie die Leitartikler in den Wirtschaftsteilen sprachen von einem Schritt in die richtige Richtung und einer Abkehr von sozialdemokratischen Umverteilungsgedanken à la Lafontaine.

Denn doch gingen die vereinzelt Äußerungen von Unionspolitikern, die SPD/Grüne-Regierung betriebe eine unsoziale Steuerpolitik, nicht nur deshalb unter, weil bei der Union sich im Moment alles auf die inneren Parteiverhältnisse konzentriert. Jeder Lohnabhängige wird es bei der Januarabrechnung schwarz auf weiß sehen: Die Steuerlast auf untere und mittlere Einkommen sinkt, und das soll auch in den kommenden Jahren weitergehen. Im Referentenentwurf wird

angekündigt, dass bis 2005 folgende Steuersenkungen folgen werden: Anhebung des Grundfreibetrags von 1998 12.300 DM bis auf 15.000 DM und Senkung des Eingangssteuersatzes von 25,9% 1998 über 22,9% in 2002 bis auf 15 Prozent im Jahr 2005.

Im Referentenentwurf heißt es zur Entlastungsgröße: „2001 bis 2005 soll die Gesamtentlastung 42,5 Milliarden DM betragen. Davon entfallen gut 22 Milliarden Mark auf die privaten Haushalte, 11 Milliarden Mark auf den Mittelstand und der Rest auf die größeren Unternehmen ... Ein lediger Durchschnittsverdiener wird im Zeitraum 1998 bis 2005 um 2400 Mark entlastet, eine Familie mit zwei Kindern sogar um 4.050 DM.“

Interessant ist die Begründung und Zielsetzung für diesen Teil der Steuerreform: Die klassisch sozialdemokratische Begründung „...stützt den Verbrauch“ taucht nur noch als schwache Reminiszenz auf, wobei mit der Einschränkung „zusammen mit den Investitionen das wichtigste Element der volkswirtschaftlichen Nachfrage“ sogleich übergeleitet wird zum Wesentlichen: „All dies verbessert die Rahmenbedingungen für Investitionen auf der volkswirtschaftlichen Angebotsseite – investieren in Deutschland wird damit attraktiver.“

Die Übernahme der „angebotsorientierten“ Wirtschaftstheorie ist vollständig. Selbst die Tatsache, dass künftig niedrig Entlohnte netto mehr in der Tasche haben, wird nicht als soziale Wohltat dargestellt: „Gerade für die Empfänger von Sozialtransfers wird sich die Arbeitsaufnahme wieder wesentlich mehr lohnen. Dies ermutigt die Menschen, mehr Verantwortung zu übernehmen.“ Also aufgepasst, was demnächst aus den Ministerien Eichel & Riester zu Arbeitslosengeld und Sozialhilfe kommt!

Projekt „Neue Selbständigkeit“

Wir haben in der vorigen Ausgabe der *Politischen Berichte* berichtet, wie der SPD-Parteitag aus der vagen Fiktion „Neue Mitte“ das Projekt „Neue Selbständigkeit“ herausentwickeln will. Nun liefert das Ministerium Eichel konkrete Anhaltspunkte. Unter dem trockenen Titel „rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung“ zeichnet sich eine bedeutsame Änderung der Besteuerung von Selbstständigen ab. Bisher haben Einzelunternehmen und kleine Personengesellschaften Einkommensteuer auf die erzielten Einkünfte aus Gewerbebetrieb abführen müssen, dazu, wenn das Einkommen entsprechende Freibeträge überschritt, Gewerbesteuer. Künftig sol-

len diese kleinen Unternehmen wählen können, ob sie weiterhin Einkommensteuer zahlen; dann dürfen sie eine Pauschale für die Gewerbesteuer von der Einkommenssteuer abziehen; sie werden faktisch freigestellt von der Gewerbesteuer. Vorteilhaft sei das, so der Referentenentwurf, vor allem für Unternehmen in Gemeinden mit Hebesätzen unter 400 v.H., insbesondere in den neuen Bundesländern.

Alternativ können sich aber die Einzelunternehmer oder Gesellschafter von Personengesellschaft künftig wie eine Kapitalgesellschaft besteuern lassen. Die Konsequenzen sind dann: Geschäftsführergehalt darf als Betriebsausgabe abgezogen werden, Pensionsrückstellungen können gebildet werden, ein Mietvertrag zwischen Betrieb und Betriebsinhaber kann abgeschlossen werden usw. usf. Steuerlich belastet werden nur die ausgeschütteten Gewinne, alles was im Unternehmen bleibt oder unter den Titeln Geschäftsführergehalt, Pensionsrückstellung, Miete dem Inhaber/Gesellschafter zufließt, unterliegt nicht der Unternehmensbesteuerung, sondern nur der persönlichen Besteuerung. Vorteilhaft sei das vor allem für solche kleinen Unternehmen, die ihre Gewinne langfristig im Unternehmen lassen.

Wie bereits erwähnt, sollen diese gezielten Entlastungen für den Mittelstand 11 Milliarden Mark ausmachen, was eine beträchtliche Summe ist, um den „Neuen Selbständigen“, wie es der SPD-Parteitag beschlossen hatte, „den notwendigen Freiraum zu schaffen, den sie brauchen, um Eigeninitiative zu entfalten“.

Ein spannendes Problem bleibt: Wie wird die Steuerentlastung finanziert. Eine Quelle – so die vielleicht nicht unberechtigte Hoffnung – soll die Konjunkturentwicklung in den nächsten Jahren liefern, die die Staatseinnahmen nicht um den Betrag der Steuerentlastung absinken lassen wird. Zum anderen steht aber in dem Referentenentwurf klipp und klar, dass das Ministerium Eichel den Kurs der Haushaltskonsolidierung unter Einhaltung der Maastricht-Kriterien fortsetzen wird. Umfangreiche Rationalisierungen im öffentlichen Dienst werden auf jeden Fall zu den Maßnahmen gehören, dafür spricht schon die Verteilung der Steuerentlastung zwischen Bund (50%), Ländern (44%) und Gemeinden (6%).

Zur endgültigen Beurteilung der Steuerreform ist aber noch ein Blick auf die Ausgabenseite im Finanzplan der nächsten Jahre nötig. *alk*

Eine defekte Struktur

Fast alle Kommentare zu den Finanzierungsmethoden, die jetzt bei der CDU aufliegen, fordern die vollständige Aufklärung und personelle Erneuerung der Partei. Ursachenforschung wird kaum betrieben. Die Informationen über das Kohl-System konnte man noch mit dem Verweis auf die korrumpierende Wirkung der politischen Macht verarbeiten. Aber jetzt, nach Hessen?

Wahrscheinlich ist, dass den irregulären Vorfällen ein Strukturdefekt der bürgerlichen Gesellschaft zu Grund liegt. Im Medium der Wahlen wiegt der Wille der Bürgerinnen und Bürger gleich, im Medium des Geldes ungleich. In den langen Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Reichen nicht viel Geld übrig. Es war eine Zeit angespannter Akkumulation. Inzwischen haben sich aber wieder große, frei verfügbare Geldvermögen bei den Reichen aufgebaut. Diese Geldvermögen binden auf dem Wege des Sponsoring und der Stiftungen Kunst, Wissenschaft und Kultur unter dem Beifall der Öffentlichkeit an ihre Interessen. Nur auf dem Felde der Politik sind andere Grenzen gezogen. Sie werden konsequent überschritten. Wieso kommt es überhaupt zu den Einschränkungen bei der Parteifinanzierung?

Die großen Volksparteien sind Mitgliederparteien. Sie verbinden durch ihre Mitglieder die breite Bevölkerung mit der politischen Macht. Und sie können diese Aufgabe nur leisten, wenn die Parteipolitik letztlich vom Mitgliederwillen abhängt. Das ist nicht nur eine Frage der Statuten und der Sitten einer Partei, sondern letztlich auch der Finanzierung. Die Gesetze, die die Parteienfinanzierung durch Private anzeigepflichtig machen, sind zum Schutz der Konzeption der Volkspartei erforderlich geworden, die auf der Annahme der Gleichberechtigung der Mitglieder beruht. Bei der Bundes-CDU wurden diese Gesetze umgangen mit der Absicht, gesellschaftlich einflussreichen direkt und diskret Einfluss auf die Parteispitze einzuräumen. Bei der Hessen-CDU wurden die Gesetze umgangen, um der Parteiführung vom Beitragsaufkommen der Mitgliedschaft unabhängigen Handlungsspielraum zu schaffen. Im Augenblick regt sich alles auf über die damit verbundene Entrechtung der Mitglieder in der CDU und die Täuschung der Wähler. Aber was wird daraus folgen? Nicht notwendig etwas Gutes.

Wahrscheinlicher als eine demokratische Runderneuerung ist eine moralische Legitimierung und schließlich die Legalisierung der Einflussnahme des großen Geldes auf die Politik. Warum soll eine Partei keinen Sponsor haben?

Schließlich haben alle Parteien inzwi-

schen einen Groß-Sponsor: die staatliche Parteienfinanzierung. Sie ist ein Ausgangspunkt der Mitgliederentrechtung. Durch die staatliche Parteienfinanzierung haben die Parlamentsparteien sich angewöhnen können, mit Blick auf die staatliche Finanzierung zu planen. Und weil die tatsächliche Finanzierung des Parteilebens in so großem Umfang durch solche Mittel und durch Ausnutzung der Mittel der Fraktionen geschieht, ist auch das Interesse der Mitglieder an der Parteifinanzierung abgestumpft. Es ist ja nur noch zum Teil ihr Geld, und wichti-



ger als der Mitgliedsbeitrag scheinen andere Quellen. Besonders gilt das für die Parteiparate, die für ihre Arbeit und die berufliche Existenz auf Planungssicherheit anstreben. Die Finanzierung der Parteien in dem magischen Dreieck von Beitragsaufkommen, staatlichen Zuschüssen und Sponsoring führt dazu, dass die Mandatsträger bzw. Parteipräsentanten, die von der Politik leben, nicht nur oder auch nicht wesentlich die Beiträge der Mitglieder repräsentieren, nicht nur oder auch nicht wesentlich an Beschlüsse gebunden arbeiten, sondern Einflüssen folgen. Diese Struktur fordert undemokratische Desaster geradezu heraus.

Die Gegenmittel der personellen Erneuerung der Parteispitze ist nicht vielversprechend. Wirksam wäre die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder für die Finanzierungs- und Haushaltsfragen. Die Verzerrung der politischen Willensbildung, die Bedeutungsminde rung des Mitgliederwillens, die durch die asymmetrische Finanzierung entsteht, kann mit Aussicht auf Erfolg nur bekämpft werden, wenn sich der Mitgliederwille auf die Haushaltsgestaltung verlegt. Dann wird es auch zur Aufklärung kommen. Der jetzige Zustand, der bei der CDU aufgefliegen ist, beruht doch darauf, dass dort wie in anderen Parteien die unteren Ebenen zufrieden sind, wenn sie das für ihr kleines Parteileben Al-

maf

Harte Ziele

Zwei Bundesländer, das rot-grün regierte NRW und das schwarz-gelb regierte Hessen, setzen zur Zeit ein neues Konzept der Erwachsenenbildung durch, das die bisher breit angelegten Bildungsangebote drastisch reduziert und das bisherige System der Weiterbildung in Frage stellt.

In NRW trat am 1.1.00 ein neues Weiterbildungsgesetz in Kraft, demzufolge das Land nur noch Kernbereiche, berufliche und (eingeschränkt) politische Bildung, kompensatorische Bildung (Nachholen von Abschlüssen), fördert. Nicht mehr gefördert wird z.B. kulturelle Bildung, Gesundheitsbildung und personensorientierte Bildung. Mit in den letzten Jahren nur je 40 Mio. DM beträgt der Etat für Weiterbildung schon jetzt weniger als 1% des gesamten Bildungsetats. Durch die Umstrukturierung wird er in der Konsequenz weiter reduziert. Zwar sichert das Land den Weiterbildungseinrichtungen zu, die hauptamtlichen Stellen zu finanzieren, doch nur wenn diese 1.400 Unterrichtsstunden in den Kernbereichen abhalten. Folge: Kleinere Einrichtungen fallen nach einer Übergangszeit völlig aus der Förderung, sofern sie nicht mit großen Trägern fusionieren. Man rechnet damit, dass sich 220 von 550 Einrichtungen auf diese Weise umstrukturieren bzw. aufgeben müssen. Die Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung (LAAW) kritisiert vor allem die mit dem Konzept verbundene Verarmung des Bildungsziels: „Die Bereiche, die noch in der Förderung verbleiben, verengen den Bildungsbegriff auf das vordergründig Nützliche und Verwertbare“, heißt es in einer Stellungnahme. Betroffen von den Kürzungen sind übrigens vorwiegend Frauen, die Angebote in den Bereichen der Gesundheits- oder kreativen Bildung in besonderem Umfang wahrnehmen, in einigen Einrichtungen sind bis zu 90% Frauen.

Hessen verfolgt das Ziel, die Erwachsenenbildung auf am Arbeitsmarkt orientierte „harte Bildungsziele“ zu reduzieren, indem die Landesregierung zunächst den Weiterbildungsetat kürzt, bevor sie umstrukturiert. 30% der 24,5 Mio. DM des Weiterbildungsetats fallen den Streichungen zum Opfer, von den Gesamtkosten der Volkshochschulen will das Land nur noch 7% tragen! Die Finanzierung von Personalstellen entsprechend der Einwohnerzahl der Orte sei nicht mehr zeitgemäß. Die Pflichtleistungen der Kommunen sollen in freiwillige Leistungen umgewandelt werden. Wo möglich, sollen die Kosten auf die Besucher abgewälzt werden, wer nicht zahlen kann, hat keinen Anspruch auf Weiterbildung. Auch hier stößt die „Modernisierung“ auf Widerspruch. Eine wichtige Auseinandersetzung steht an.

scs

Deutschland darf den überlebenden NS-Opfern ihr Recht nicht länger verweigern!

Wir haben in der letzten Ausgabe der *Politischen Berichte* die Kritik des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte am Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums über die zu errichtende Stiftung veröffentlicht. Inzwischen steht, weniger als einen Monat nach seiner Aushandlung, selbst der für die NS-Opfer bittere Kompromiss über die Entschädigung in Frage. Die deutsche Seite beschuldigt wieder einmal die Anwälte der Opfer, den Kompromiss zu hintertreiben, um auf Kosten der ehemaligen NS-Zwangsarbeiter den eigenen Preis in die Höhe zu treiben. Tatsächlich ist die beinharte Haltung der von der Regierung unterstützten deutschen Industrie Ursache auch der jüngsten Probleme. Es ist schier unerträglich anzusehen, wie die Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches mit denen umspringen, die der faschistischen Maschinerie der Vernichtung durch Arbeit entkommen sind.

Die ausgehandelte Entschädigungssumme beläuft sich auf ca. 15 000 DM für Sklavenarbeiter und 5 000 DM für Zwangsarbeiter – vorausgesetzt, die deutsche Industrie bringt die zugesagten 5 Mrd. auf; bisher sind der Stiftung erst 120 Firmen beigetreten, die nach wie vor erst 2 Mrd. zusammengebracht haben, d.h. nicht einmal 200.000 DM je Firma. Der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums sieht nun vor, dass bisher nach dem Bundesentschädigungsgesetz gezahlte Leistungen angerechnet werden sollen. Eine solche Anrechnung ist eine Ohrfeige für die direkt Betroffenen. Ihre besondere Infamie besteht darin, dass sie die verschiedenen Opfergruppen aus den verschiedenen Ländern gegeneinander zu treiben versucht; je weniger etwa in den USA lebende jüdische Zwangsarbeiter erhalten, desto höher fällt der Betrag aus, der auf die Opfer in den osteuropäischen Ländern entfällt.

Der Hintergrund für die Auseinandersetzung um die Anrechnung ist die entgegengesetzte Rechtsauffassung der Täter- und Opferseite: Während die NS-Opfer, ihre Verbände und Anwälte die Auffassung vertreten, dass der einzelne Zwangsarbeiter einen individuellen Rechtsanspruch gegen das jeweilige Unternehmen hat, bei dem er Zwangsarbeit leisten musste, lehnt die deutsche Wirtschaft jeden – zivilrechtlich einklagbaren – Rechtsanspruch ab und anerkennt

allenfalls moralische Ansprüche. Stereotyp vertritt sie seit Beginn der Verhandlungen, was in der Präambel des ersten Entwurfs ihrer Stiftungsinitiative zu den Vergaberichtlinien so formuliert war:

„Rechtsansprüche gegen deutsche Unternehmen im Hinblick auf Zwangsarbeit oder Schäden wegen der Verfolgung in der NS-Zeit bestehen nicht. Die deutschen Unternehmen sehen aber eine moralische Verantwortung insbesondere dort, wo Zwangsarbeit unter besonders erschwerten Bedingungen geleistet werden musste. Am Ende dieses Jahrhunderts sind deutsche Unternehmen nochmals bereit, als Geste der Versöhnung Mittel in eine humanitäre Stiftung einzubringen, um heute noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern, die damals Arbeit unter besonders belastenden Bedingungen haben leisten müssen, zu helfen. Die Stiftung ist eine freiwillige Initiative von deutschen Unternehmen. Unabdingbare Voraussetzung für die Gründung der Stiftung und die Bereitstellung der Mittel ist, dass für die Un-



ternehmen umfassende und dauerhafte Rechtssicherheit geschaffen ist, d.h., dass sie vor gerichtlicher Inanspruchnahme geschützt ist.“

Die Bundesregierung hat sich die Auffassung der Unternehmen vollständig zu eigen gemacht. Aus der Tatsache, dass die deutsche Seite zivilrechtlich einklagbare Rechtsansprüche gegen die einzelnen Unternehmen nicht anerkennt, folgt, dass die Überlebenden keine gesetzlichen Ansprüche gegen die Stiftung geltend machen können. So jedenfalls die Vorstellung, in der die deutsche Seite als zu einer „Geste der Versöhnung“ (!) bereite Gönner, die Überlebenden als Bittsteller erscheinen. Dem entspricht die geplante Praxis der Verteilung. Die Mittel der Stiftung sollen durch Organisationen

wie die Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung oder den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds an die Überlebenden verteilt werden. Erhalten die Opfer nichts, steht ihnen als einziger vorgesehener Rechtsbehelf gegen die Auszahlungsentscheidung eine bei diesen Organisationen einzurichtende Widerspruchsstelle zur Verfügung. Das ist mit dem Grundsatz des umfassenden und effektiven Rechtsschutzes, wie er u.a. in Artikel 6 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte verankert ist, nicht vereinbar.

Die überlebenden NS-Opfer und ihre Anwälte haben sich entschieden, nicht alle etwa 40 Sammelklagen vor US-Gerichten zurückzuziehen, sondern wenigstens einige weiterzutreiben, um so den Druck auf die deutschen Unternehmen aufrechtzuerhalten. Ihre Unterstützung ist bitter nötig. In vielen Orten in der BRD gibt es inzwischen Initiativen, die aufklären, wie die jeweiligen örtlichen Firmen Zwangsarbeiter ausbeuteten und sich bis heute vor jeglicher Entschädigung drücken. Initiativen

auch dafür, dass sich die Kommunen an der Stiftung beteiligen, wie dies etwa die Gemeinde Büdelsdorf (10.000 Einwohner) mit 25.000 DM oder die Stadt Brandenburg mit 400.000 DM bereits tun. In Köln griff die SPD inzwischen eine Initiative der PDS-Ratsfraktion auf und fordert in einem Antrag, dass sich die städtischen Unternehmen mit einem „angemessenen Beitrag“ am Entschädigungsfonds beteiligen.

Bundesbank: An Zwangsarbeiterlöhnen bereichert

Forschungen des Hamburger Instituts für Zeitgeschichte deckten jüngst auf, dass bei der Hamburgischen Landesbank ein Konto mit vorenthaltenen Lohngehaltern städtischer NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter existierte, das in späteren Jahren gelöscht wurde. Inzwischen antwortete die Deutsche Bundesbank auf ein Schreiben der Regenbogenfraktion in der Hamburger Bürgerschaft, die nach dem Verbleib der Gelder forscht, und bestätigte und ergänzte die bisherigen Erkenntnisse: Danach hat sich die Bundesbank an Löhnen der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bereichert.

1948 hatten die britische und französische Militärregierung die Arbeitgeber

ihrer Zonen angewiesen, rückständige Löhne von zivilen Zwangsarbeitern an ein Geldinstitut zu überweisen. Ein entsprechendes Sammelkonto bei der LZB Hamburg wies 1957 877.923,67 DM auf, von denen ca. 75% global an Länder der anspruchsberechtigten ausländischen Zwangsarbeiter überwiesen worden. Ein anderes Sammelkonto bei der Landeszentralbank NRW wies 1961 über 1,8 Mio. DM auf, von denen sogar nur ca. 15% entsprechend überwiesen worden. Überwiesen wurden die Lohngehälter für die ehemaligen französischen, italienischen, belgischen und niederländischen, nicht aber diejenigen für die jugoslawischen, polnischen und tschechoslowakischen Zwangsarbeiter. Die nicht überwiesenen Lohngehälter wurden auf ein Konto der Bundesbank übertragen. Anstatt Berechnungen auszumachen oder sie den damals existierenden Stiftungen und Fonds zur Entschädigung von Opfern des NS-Regimes zur Verfügung zu stellen, löste die Bundesbank das Konto 1978 auf und stellte fast 1,8 Mio. angeblich „unanbringliche“, zurückgestellte Löhne ehemaliger Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener als „außerordentliche Erträge“ in ihr Vermögen. Auch heute bleibt sie die Antwort auf die Frage der Regenbogen-Fraktion schuldig, wie sie diese Lohngehälter (samt Zinsen) den Überlebenden zur Verfügung zu stellen gedenkt.

Griechische Kriegssopfer fordern Entschädigung

Am 20.1. entscheidet der Oberste Gerichtshof Griechenlands, ob Wiedergutmachungsansprüche in Höhe von ca. 60 Mio. DM gegen die Bundesregierung zulässig sind. Geklagt haben 214 Menschen, deren Familienangehörige bei einem von der Waffen-SS verübten Massaker in dem kleinen Ort Distomo ermordet wurden. Die BRD vertritt, dass ein Staat „wegen hoheitlicher Angelegenheiten“ nicht vor einem Gericht eines anderen Staates verklagt werden kann und weigerte sich zunächst sogar, die Klageschrift anzunehmen. Erst nachdem ein Landgericht am 30.11.97 die BRD zu einer Zahlung von 9,45 Mrd. Drachmen verurteilt und auch andere Gerichte in ganz Griechenland Klagen gegen die BRD stattgaben, legte sie Sprungrevision beim Obersten Gericht ein und anerkannte damit, wenigstens indirekt, die Zuständigkeit der griechischen Gerichte. Das Urteil am 20.1. ist von großer Bedeutung. Nach griechischen Angaben wurden 130.000 Zivilisten von den Nazis hingerichtet oder kamen in deutschen KZs um. Dutzende von Klagen sind in erster und zweiter Instanz anhängig. Außerdem ist auch die Forderung, die BRD müsse eine 1942 bei der Athener Zentralbank aufgenommene Zwangsanleihe zur Deckung der Stationierungskosten der Besatzer zurückzahlen, noch nicht erledigt. Dabei geht es einschließlich Zinsen um einen Betrag von 69 Mrd. Dollar.

scc

Bombardierung eines Zugs mit verfälschten Videoaufnahmen gerechtfertigt

Wie die Nato die Öffentlichkeit belog

Von Ute Reissner

Eine ausführliche Dokumentation von Arnd Festerling in der *Frankfurter Rundschau* vom 6.1.2000 trägt viel dazu bei, die Rechtfertigung der Nato für ihr Vorgehen im Kosovo-Krieg weiter zu demontieren. Der Bericht unter der Überschrift „Ja, das Video läuft wesentlich schneller“ ist zugänglich unter <http://www.f-r.de/fr/spezial/kosovo/t712003.htm>.

Mindestens 14 Menschen starben, als am 12. April 1999 ein Kampfbomber der US Air Force eine Eisenbahnbrücke nahe der serbischen Ortschaft Grdelicka gerade in dem Moment beschoss, als sie von einem Personenzug überquert wurde. Nach dem ersten Treffer hatte das Flugzeug gewendet, war zurückgekehrt und hatte eine zweite Bombe, die einen noch unbeschädigten Waggon traf, auf die inzwischen brennende Brücke abgefeuert.

Den Beschuss des Personenzuges hatte die Nato damals als tragischen Unglücksfall bezeichnet. Doch diese Darstellung wurde, wie sich jetzt herausstellt, mit verfälschten Videoaufnahmen und irreführenden Schilderungen der Vorgänge an Bord des involvierten Kampfflugzeuges begründet.

Um zu beweisen, dass es sich um einen versehentlichen „Kollateralschaden“ handelte, führte der Oberkommandierende US-General Wesley Clark am nächsten Tag auf einer Pressekonferenz zwei Videofilme vor, die mit in den Nasen der beiden raketengesteuerten Bomben montierten Kameras aufgenommen worden waren. Daraus könne man ersehen, so Clark, dass sich der Personenzug derart rasch („in weniger als einer Sekunde“) genähert habe, dass dem Piloten, der sich überdies bereits auf die schwierige Steuerung der Bombe konzentriert habe, keine Zeit zum Reagieren mehr geblieben sei.

Das erklärte natürlich nicht, weshalb das Flugzeug umkehrte und ein zweites Geschoss abfeuerte. Doch auch abgesehen davon war die offizielle Version der Nato in zweierlei Hinsicht unrichtig:

Erstens war die Bildfolge auf den Videobändern um etwa das Dreifache gerafft worden. Zweitens ist das eingesetzte Flugzeug des Typs F 15 E mit zwei Mann besetzt, einem Piloten und einem Waffensystemoffizier (WSO). Der Pilot hat mit der Steuerung der Bomben überhaupt nichts zu tun und kann folglich auch nicht davon abgelenkt werden. Außerdem steuern die eingesetzten Raketenbomben ihr Ziel, sobald es vom WSO markiert wurde, automatisch an.

Festerling weist darauf hin, dass bei den beiden Videofilmen (zugänglich unter: <http://www.nato.int/kosovo/video.htm>)



die sonst übliche Statusanzeige fehlt, anhand derer der Waffensystemoffizier technische Informationen und eine mitlaufende Uhr verfolgen kann. Er führt aus: „Laut Video vergehen von dem Moment, wo der Zug deutlich ins Sichtfeld kommt, bis zum Einschlag der Bombe 2,3 Sekunden.“ Der Zug wäre dann etwa 300 Stundenkilometer schnell gefahren. Nimmt man als Grundlage für die Berechnungen an, der Zug sei etwa 100 Stundenkilometer gefahren (was angesichts des alten Schienennetzes in Serbien vermutlich wesentlich zu hoch gegriffen ist), dann läuft das Video mindestens dreimal schneller als in Echtzeit. Dann hätte der WSO mindestens 6,9 Sekunden Zeit für eine Reaktion gehabt statt der dargestellten 2,3 Sekunden – die Clark überdies als „weniger als eine Sekunde“ beschreibt.

Die Nato hat also einen Videofilm vorgeführt, der in seiner entscheidenden Aussage, den Zeitablauf des Bombenangriffs objektiv wiederzugeben, absolut untauglich ist. Der Oberbefehlshaber der Nato in Europa hat der Öffentlichkeit anhand dieses untauglichen Videos und einer missverständlichen Wortwahl erklärt, der Angriff auf den Zug sei wegen des gedrängten Zeitablaufs letztlich unvermeidlich gewesen.“

Die Nato hat diesen Sachverhalt im wesentlichen zugegeben.

Festerling zitiert einen Sprecher von Shape, dem obersten Hauptquartier der Nato in Europa, mit den Worten: „Ja, das Video läuft wesentlich schneller.“ Auch das in Ramstein stationierte Hauptquartier der US Air Force in Europa gibt dies zu, spricht jedoch von einem bedauerlichen Hardware-Fehler, den sie der Firma Sun Microsystems zuschreibt. Die Raffung sei unbemerkt bei der Transformation des Filmmaterials in das mpeg-Format entstanden. Man habe der Öffentlichkeit möglichst schnell das Material präsentieren wollen und daher auf aufwendige Zwischenschritte in der Konvertierung verzichtet. Die Statusanzeige fehle, weil der Film aus unerklärlichen Gründen aus der Begleitmaschine und nicht aus dem angreifenden Flugzeug selbst stamme. Das Bombenvideo aus dem letzteren sei nicht mehr vorhanden.

All dies ist wenig glaubwürdig. Erstens müsste jedem, der mit dieser Waffentechnik zu tun hat, das überhöhte Tempo des Ablaufs auf den Videoaufnahmen sofort aufgefallen sein. Überdies ist Hardware, die die rechnerisch aufwendige Komprimierung ins mpeg-Format in Echtzeit innerhalb weniger Minuten vornimmt, für einige Hundert DM für PCs zu bekommen.

Das Blut der Gleichen und der Geruch der Verräter

Wer will noch ernsthaft daran zweifeln, dass auf dem Gebiet der serbischen Provinz Kosovo und Methohija („Kosmet“) ein neuer albanischer Staat entsteht? Auch wenn es die politische Korrektheit westlichen PolitikerInnen verbietet, nach den Balkankriegen der neunziger Jahre die Veränderung von Staatsgrenzen gutzuheißen, die Weichen sind gestellt: Der Kosovo wurde aus dem jugoslawischen Währungsraum ausgekoppelt, ein eigenes Mobiltelefonnetz wird aufgebaut, das Kosovo-Schutzkorps ist faktisch rein albanisch und die nichtalbanische Bevölkerung ist so gefährdet, dass ihre Abwanderung anhält. Seit August hat die Mordrate mit dreißig Opfern pro Woche wieder Vorkriegsstärke erreicht. Die ausländischen Schutztruppen können oder wollen das mit ihrer auf Selbstschutz bedachten Doktrin nicht verhindern. Damit entsteht nun allmählich ein rein albanischer Kosovo, und der formal nach wie vor behauptete jugoslawisch-serbische Anspruch auf das Gebiet wird zusehends unrealistischer.

Dieser Staatsbildungsprozess, der in Kooperation und manchmal in Konfrontation mit der Uno-Verwaltung abläuft, wird von einer intensiven Diskussion un-

ter albanischen Intellektuellen begleitet. Dabei geht es nicht nur um die Zukunft des Kosovo, sondern grundsätzlich um die Frage, was albanische Identität und Tradition sei, wie AlbanerInnen zusammenleben sollten und wodurch sie sich von andern Völkern unterscheiden. Noch frisch in Erinnerung ist die heftige Auseinandersetzung zwischen Veton Surroi, einem bekannten Intellektuellen, und der Nachrichtenagentur *Kosovapress*, die dem westlicherseits lange hofierten UCK-Führer Hacem Thaci nahe steht. Surroi hatte gegen die Verfolgung der serbischen Minderheit im Kosovo protestiert und die damit verbundene Haltung als „faschistisch“ gebrandmarkt. In einem furiosen Gegenangriff wurde Surroi in der „Kosovapress“ als Verräter am eigenen Volk bezeichnet, als „Gospodin“ Surroi (die serbische Anrede für „Herr“), der trotz albanischen Blutes „slawisch rieche“. Selbst der albanische Ministerpräsident Pandeli Majko erlaubte sich kurz vor seinem Rücktritt im Spätherbst einen Vorschlag zur albanischen Identitätspolitik: „Alle Albaner sollten die gleiche Geschichte lernen, denn wir sind Teil derselben Geschichte. Jetzt ist es Zeit für uns Albaner, auf dem Balkan Geschichte zu machen.“ Nur welche?

Andreas Ernst, Skopje, (gekürzt, aus: WOZ, Dez. 99)

Die Nato behauptet im wesentlichen, dass sie eine schlechtere Technik zur Verfügung hatte als ein einfacher Video-Amateur.

Im Oktober hatte die britische Zeitung *Observer* bereits detaillierte Beweise zusammengetragen, wonach die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad am 7. Mai 1999 entgegen den Behauptungen der Nato kein Versehen, sondern eine gezielte Aktion war.

Je mehr Einzelheiten über den genauen Verlauf und die Folgen des Kosovo-Krieges bekannt werden, desto deutlicher entpuppt sich sein Charakter als rücksichtslose Aggression gegen die wehrlose Bevölkerung eines hoffnungslos unterlegenen Landes.

Kroatien

Wahlausgang bringt keine Klärung

Nun wird der ehemalige Vorsitzende der kommunistischen Partei Kroatiens Racan beweisen müssen, ob er das System Tudjman, das zehn Jahre die Gesellschaft Kroatiens lähmte, abschaffen kann. Racan steht einem ziemlich kontroversen Parteienbündnis vor. Zusammen mit der sozialliberalen HSL hat die SDP vor den Wahlen ein Bündnis geschlossen. Die gewonnenen Mandate reichen aber nicht für eine ausreichende Mehrheit im kroatischen Parlament, dem Sabor. Zu den 71 Abgeordneten müssen nun die 24 Vertre-

ter eines weiteren Wahlbündnisses, bestehend aus der Volkspartei HNS, der Bauernpartei HSS, Liberale LS und der Istrischen Demokratischen Versammlung IDS, hinzustoßen um im 150-köpfigen Sabor eine satte Mehrheit zu stellen.

10 Jahre regierte die Tudjmanpartei HDZ und in diesen Jahren wurden eine Menge Strukturen geschaffen, gegen die das neue Regierungsbündnisse sicher keine entwickelte Strategie hat, um diese Seilschaften aus der gesellschaftlichen Kontrolle zu verdrängen. Wenn sie es auch überhaupt wollen. Auf jeden Fall haben die Seilschaften der HDZ Kroatiens ökonomisch recht stark drangsaliert, so dass die Krise erheblich ist.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), schrumpfte 1999 um mindestens 1,5 Prozent, und die Industrieproduktion ging sogar noch stärker zurück. Die offizielle Arbeitslosenquote beträgt 20,4 Prozent. Der Außenhandel ist stark defizitär. Der Export schrumpft wegen der überbewerteten Währung Kuna, und der Import geht trotz des Modernisierungsbedarfs zurück. Das Leistungsbilanzdefizit von rund 7,6 Prozent des BIP gilt als untragbar hoch. Der Staatshaushalt ist durch Wahlgeschenke aufgebläht. Dazu gehörten 1999 Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst um kumuliert 18 Prozent. Die Regierung versuchte deshalb, die Staatseinnahmen zu erhöhen: unter anderem durch höhere Steuern und den Verkauf ihrer Beteiligungen von 35 Prozent an der Kroatischen Telekom, die für 850

Millionen Dollar an die Deutsche Telekom gingen. Auch die Bruttoauslandschuld von 9,2 Milliarden Dollar bereitet Sorgen, denn sie ist ungünstig strukturiert und erfordert für die nächsten drei Jahre 1,2 bis 1,4 Milliarden Dollar an jährlichen Rückzahlungen. Kroatien ist international isoliert. Es gehört nicht der Welthandelsorganisation (WTO) an, bekommt vom Internationalen Währungsfonds keine Kredite und verfügt über kein Handelsabkommen mit der Europäischen Union. Von ihr bezieht es auch keine Unterstützung, etwa in Form des Phare-Programms.

Wie will die neue Regierung das Problem angehen? Hohes intellektuelles Potential muss man für heutige Regierungen nicht vorweisen. Einfache Rezepte sind schnell zur Hand. Privatisierung und EU-Mitgliedschaft auf Teufel komm raus lauten die Zauberworte.

Racan: „Die kroatische Wirtschaft kann die derzeitige Belastung durch Staatsausgaben nicht tragen. Wer der Wirtschaft aufhelfen will, muss diese Belastung verringern und mit wirtschaftlichen und steuerlichen Mitteln die Schaffung neuer Arbeitsplätze fördern. Wenn jemand ein besseres Rezept kennt, nehme ich es dankbar an. Aber wenn wir so weitermachen wie bisher, können wir den Kollaps nicht aufhalten. Der Staat ist zu teuer. Jeder muss seinen Beitrag leisten.“

Dabei werden allen Konzepten einer engeren regionalen Zusammenarbeit der Balkanländer schroff eine Absage erteilt. Racan: „Wir sind ein zugleich mediterranes, ein mitteleuropäisches und ein Balkanland. Wir wollen gute Beziehungen zu den Nachbarn. Wir wollen die balkanischen Elemente aus unserem politischen Leben verbannen, denn diese Art Balkan wollen wir nicht. Aber wir fliehen nicht aus der Region. Was die Ideen über die Herstellung neuer staatlicher Zusammenschlüsse balkanischen oder neojugoslawischen Charakters angeht, sagen wir: Nein, danke, das kommt nicht in Frage. Regionale Zusammenarbeit ja, staatliche Assoziation nein.“

Der Reigen der Wahlen ist noch nicht beendet. Für den 24. Januar stehen die Wahlen um die Nachfolge von Tudjman im Präsidentenamt an. Hier rechnen sich die Protagonisten der Tudjmanpartei HDZ einige Chancen aus. Da die Verfassung Kroatiens stark auf die Macht des Präsidenten setzt, könnte hier ein gewaltiges Gegengewicht zur Regierung aufgemöbelt werden. Gewinnt jedoch der Vertreter der Regierung, wird diese dann sicher so diktatorisch regieren wie einst Tudjman und seine Gefolgsleute. So oder so stehen die Aussichten für die lohnabhängige Bevölkerung schlecht. Aber schon in den letzten Monaten der Tudjmanzeit regten sich zunehmend der Widerstand. Streiks und Proteste mehrten sich. Man kann sicher sein, der Protest wird unter der neuen Regierung heftig werden. *hav*

Tschechien

Kommunisten im Aufstieg

Zur Realität der Tschechischen Republik zehn Jahre nach der „Sanften Revolution“ gehört eine Erscheinung, die viele noch vor einem Jahr als unrealistisch bezeichnet hätten: Laut Resultaten der Meinungsforschung würden fast 20 Prozent der Befragten (nach manchen Umfragen auch noch mehr) die Kommunistische Partei wählen. Die rechten Parteien, aber auch die Sozialdemokraten trommeln Alarm. Der militante Antikommunismus weht aus dem Fernsehen, Rundfunk und aus der „unabhängigen“ Presse, die fast ganz deutschen Verlagskonzernen gehört. Die Klerikalen möchten „Ehrengerichte, die auf der Moralebene die kommunistischen Verbrechen und ihre Täter bezeichnen und sie so zur moralischen Rechtfertigung auffordern würden“, einrichten. Eine Gruppe von rechten Parlamentsabgeordneten kommt mit dem Vorschlag, das Strafgesetzbuch zu novellieren, um „Äußerungen der kommunistischen Ideologie“ strafen zu können. Und wenn man über die Ursachen redet, die die Bürger dazu führen, Kommunisten zu wählen, dann haben die, die zehn Jahre die Verhältnisse in der Tschechischen Republik bestimmten, eine einfache Antwort: Die sozialdemokratische Regierung hat versagt.

Es ist sicher, dass die Sozialdemokraten, die seit 1998 an der Macht sind, einen frappanten Unterschied zwischen Worten und Taten an den Tag gelegt haben. Die Frage, was in ihrer praktischen Politik links ist, kann man sehr kurz beantworten. Nichts. Die Unfähigkeit, die dringenden ökonomischen und politischen Probleme zu lösen (einschließlich der internationalen Szene), Korruption, finanzielle Skandale, Missbrauch der Positionen im Staatsapparat etc. – das alles hat die tschechische Sozialdemokratie in knappe Nähe zu den ehemals regierenden rechten Parteien bewegt. Aber zugleich kann man die Augen vor der Tatsache nicht schließen, dass die Sozialdemokraten erst seit 1998 regieren, also nach ein paar Jahren ungestörter „Reformen“ und „Demokratisierung“ durch die rechten Parteien. Die Sozialdemokraten haben also die Lenkung des Zuges übernommen, dessen Haltestellen u.a. sind:

- die Produktionseinbußen um 34 Prozent (die Produktion erreicht nicht einmal das Niveau von 1980!);
- der Zerfall der Landwirtschaft (70% der landwirtschaftlichen Betriebe stehen vor dem Konkurs);
- mehr als 500 000 Arbeitslose;
- um 300 Prozent höhere Kriminalität als



60 000 forderten mit einer Demonstration Anfang Dezember in Prag den Rücktritt der „politischen Elite“.

im Vergleichsjahr 1989; – immer größere Zahl an Selbstmorden aus sozialen Gründen; und so wäre es möglich, fortzufahren.

Also geht es nicht nur darum, dass die tschechische Sozialdemokratie ihre Popularität verloren hat. Es geht um die Folgen des langfristigen Trends, an dessen Ende die 90 Prozent der tschechischen Bürger stehen, die mit der ökonomischen und politischen Lage unzufrieden sind, und die wachsende Zahl der Bürger, die die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) wählen wollen.

In diesen Zusammenhang entsteht eine Reihe von Fragen, die sich auf den Charakter dieser Partei und ihre Stellung in der tschechischen politischen Szene beziehen. Die KSCM, eine der stärksten kommunistischen Parteien in Europa, hat eine einigermaßen andere Entwicklung als andere kommunistische (heute sog. postkommunistische) Parteien in Europa gehabt. Während z.B. in Polen, Ungarn und der Slowakei sich ehemalige regierende kommunistische Parteien sehr ausgeprägt verändert haben (in Richtung Sozialdemokratie), ist die KSCM im Wesen die Nachfolgerin der ehemaligen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSC). Diese Behauptung vereinfacht aber das Problem. Auch die KSCM hat sich sehr verändert, und viel mehr, als in anderen sog. postkommunistischen Parteien fand in der KSCM die sog. Personalerneuerung (vor allem auf der Führungsebene) statt. Nicht nur Anhänger der Rechten bemängeln aber die in der KSCM sehr begrenzte Diskussion über Probleme der Vergangenheit, lauwarme Stellungnahmen zum Rassismus (in der Tschechischen Republik fast

ausschließlich gegen die Roma gerichtet) und nicht-objektive Feindlichkeit gegen Deutschland, die sich sogar auf Lokalebene in der Zusammenarbeit mit den tschechischen Reps im Rahmen der „Klubs für tschechische Grenzgebiete“ erweist.

Man muss auch wissen, dass es sich bei der KSCM mit ihren historischen Wurzeln um eine „historische Partei“ handelt, die in der Vergangenheit (vor und nach dem Zweiten Weltkrieg) eine große Autorität in der tschechischen Bevölkerung hatte und auch von bekannten Persönlichkeiten unterstützt wurde. Diese Tradition spielt auch heute noch ihre Rolle.

Die heutige KSCM hat ca. 150 000 Mitglieder (vor allem im Alter zwischen 50 und 70 Jahren). Im Unterschied zu anderen tschechischen politischen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie sind mit ihr keine finanziellen oder anderen Affären verbunden. Während des Nato-Angriffs gegen Jugoslawien waren die Kommunisten die einzige politische Kraft in Tschechien, die grundsätzlich gegen den Krieg war. Die KSCM hat auch den Nato-Beitritt abgelehnt. Übrigens: Während der Verhandlungen über die Aufnahme der Tschechischen Republik in die Nato haben die tschechischen Rechten klar gesagt: Die Nato-Mitgliedschaft ist die Gewähr gegen eventuelle linke Veränderungen im Land.

Man kann also damit rechnen, dass nach der nächsten Wahl die KSCM mindestens die zweitstärkste Partei im Parlament wird. Ihr sog. Koalitionspotential ist aber Null – wenigstens noch heute. So erwartet man nicht, dass die KSCM mitregieren wird. Aber in jedem Fall wird sie die politische Lage in Tschechien mehr als bisher beeinflussen.

e.h./Tsch.Rep.

DEUTSCH TSCHECHISCHE NACHRICHTEN

Nr. 15 20. Dezember 1999 1 DM

Pat beschließt Militarisierung der EU

Vereintes Europa aus dem Geist des Krieges

Die jüngste Tagung des Europäischen Rates, die am 10./11. Dezember in Helsinki stattfand, bedeutet einen Meilenstein auf dem Weg zur Militarisierung der EU. Die Europäische Union hat dem Aufruf einer Eingliederung beschlossen und damit bekräftigt, dass sie als Ganzes und vereint fortan ein gemeinsames Ziel verfolgt: die militärische Durchsetzung ihrer Interessen. Im Schenkungsakt der Präsidentschaft heißt es dann lapidar: „Spätestens im Jahr 2003 müssen die Mitgliedstaaten im Rahmen der freiwilligen Zusammenarbeit bei EU-gestützten Operationen in der Lage sein, innerhalb von 60 Tagen Streitkräfte im Umfang von 50 000 bis 60 000 Personen, die imstande sind, den Frontbereich aufzunehmen, zu versorgen und dafür zu sorgen, dass diese Kräfte für mindestens ein Jahr im Einsatz gehalten werden können. Innerhalb der Rate werden eine politische und militärische Gremien und Strukturen geschaffen, um die Union in die Lage zu versetzen, die Interessen der europäischen Institutionen im Rahmen der notwendigen politischen und strategischen Lenkung dieser Operationen zu gewährleisten.“

Bei den im August getragenen militärischen Interventionen wird die EU auf Finanzkapazitäten und militärische Mittel

der NATO zurückgreifen können, die eigenen Mittel aber, so ist beabsichtigt, zunehmend ausbauen. Der Beschluss, zu dem die USA die EU ermuntert und erregt aufgeführt hatten, liegt in mehrfacher Hinsicht Sprengkraft. Erstens bedeutet er für die Beitrittskandidaten eine einschneidende Änderung der Beziehungen ihrer Mitgliedschaft: Sie hatten sich um die Mitgliedschaft in einer im wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Union bemüht und werden nun für die Militarisierung in Anspruch genommen. „Sie wissen doch so gut wie ich“, stellt Außenminister Fischer am 1.12. im Bundesrat die Intention der europäischen Gremien klar, „dass ein wesentlicher Teil der Osterweiterung der Europäischen Union gleichzeitig einseitige Sicherheitspolitik ist.“ Die nationalen Mitglieder im Osten und Südosten werden zu Grenzposten der imperialen Macht und Festung Europa, als sie wollen – oder nicht. Viel, das die europäischen Gremien gerade erst begonnen zu planen. Die EU übernimmt die Rolle der Regierung, die sie aus dem Kurs von Regierung und Parlament nicht einweisen und über die sozialen Umwälzungen besorgt war.

Zweitens misstraut der Beschluss der Neutralität von EU-Mitgliedern hinsichtlich der Tatsache, dass einige Mitglieder mit Blick auf die EU, nicht aber der WEU

der NATO zurückgreifen können, die eigenen Mittel aber, so ist beabsichtigt, zunehmend ausbauen. Der Beschluss, zu dem die USA die EU ermuntert und erregt aufgeführt hatten, liegt in mehrfacher Hinsicht Sprengkraft. Erstens bedeutet er für die Beitrittskandidaten eine einschneidende Änderung der Beziehungen ihrer Mitgliedschaft: Sie hatten sich um die Mitgliedschaft in einer im wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Union bemüht und werden nun für die Militarisierung in Anspruch genommen. „Sie wissen doch so gut wie ich“, stellt Außenminister Fischer am 1.12. im Bundesrat die Intention der europäischen Gremien klar, „dass ein wesentlicher Teil der Osterweiterung der Europäischen Union gleichzeitig einseitige Sicherheitspolitik ist.“ Die nationalen Mitglieder im Osten und Südosten werden zu Grenzposten der imperialen Macht und Festung Europa, als sie wollen – oder nicht. Viel, das die europäischen Gremien gerade erst begonnen zu planen. Die EU übernimmt die Rolle der Regierung, die sie aus dem Kurs von Regierung und Parlament nicht einweisen und über die sozialen Umwälzungen besorgt war.

Zweitens misstraut der Beschluss der Neutralität von EU-Mitgliedern hinsichtlich der Tatsache, dass einige Mitglieder mit Blick auf die EU, nicht aber der WEU

In dieser Ausgabe:

6. Friedensvertrag in Kassel	2
Zusammenfassung der EU	3
Wirtschaftsindikatoren	4
Soziale Schließung	5
PZ interviewt KSCM-Politiker	6
5. Parteitag der KSCM	7
1. Dienstgeber gegen Sanktionen	8
Der Bürger	9
Mallory Verfahren	8
Politik der EU	10
Musik an der Grenze des Lebens	12

Radio Free Europe - früher in München als Radio im Kalten Krieg, jetzt in Prag als Instrument des Informationswars.“ Um die Rolle der Medien im Krieg ging es u.a. beim 6. internationalen Friedensvertrag in Kassel (Seite 2).

begegneten waren. Mit der inneren Neugier, zu der sich die Osterweiterung hat, ist der Beschau verstanden. Für mehrere Länder jedenfalls sind Veränderungen notwendig, die sich nicht nur auf die militärische Ebene beschränken, sondern auch auf die politische, wirtschaftliche und kulturellen Ebenen. Die Osterweiterung der EU ist so zu verstehen, dass gegebenenfalls widerstrebende Interessen kleiner Mitgliedsstaaten niedergelegt werden können, erhalten durch die Militarisierung der Union.

Wir senden allen unseren Lesern und Lesern die besten Wünsche zum neuen Jahr und danken allen, die die Zeitung lesen, dass die Deutsch-Tschechischen Nachrichten entstehen konnten.

Die Redaktion

Das Jahresabo kostet DM 30,-. Bestellungen an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart



Südkoreanische Demonstranten vor einer USA-Basis in Seoul fordern Entschuldigung und Entschädigung für ein Massaker an Hunderten von Zivilisten, das US-Soldaten zu Beginn des Korea-Krieges (1950-53) angerichtet haben. Bild: ND

Chile: Internationales Faschistentreffen

Nazigruppen und rechtsextreme Intellektuelle wollen im April 2000 unweit Santiagos einen „Internationalen Nationalsozialistischen Kongress“ abhalten. In einem Aufruf wird angekündigt, im Süden Lateinamerikas eine „Nationalsozialistische Internationale“ zu gründen. Zuerst schlugen jüdische Organisationen Alarm, nun fürchtet auch die chilenische Regierung um das Image des Landes. Hinzu kommt die Angst vor einer unheilvollen Allianz, die Recherchen zufolge hinter dem geplanten Treffen steht: Drahtzieher sollen neben lokalen Neonazis und Skinheads deutsche Altnazis und deren Angehörige sein, die nach 1945 in den deutschen Kolonien Südamerikas Zuflucht fanden und im Schutz der dortigen Diktaturen ihr Gedankengut pflegten. Einem möglichen Verbot eines solchen Kongresses sind die Initiatoren zuvorgekommen. Der bekannte Neonazi-Führer Alexis Lopez beantragte inzwischen zusammen mit anderen Rechtsextremisten die Einschreibung einer Partei. Nueva Sociedad (Neue Gesellschaft) wird sie heißen, kurz NS.

Experten gehen von 2000 aktiven Neonazis und noch einmal so vielen Sympathisanten in Chile aus. Über das Internet und andere moderne Kommunikationsmittel haben sie ein braunes Netz über den Kontinent gezogen. Eine andere Spur führt in den Süden Chiles und in die Vergangenheit. Die kleine Stadt Osorno 700 Kilometer südlich Santiagos ist nach Ansicht des hiesigen Geheimdienstes der Knotenpunkt, von dem aus Nazischriften vertrieben und internationale Kontakte gehalten werden. In Osorno lebt Juan Maler, Schriftsteller und Eigentümer des gleichnamigen Verlages. Sein wirklicher Name ist Reinhold Kopps. Im Dritten

Reich gehörte er zum NS-Geheimdienst. Später arbeitete er für die NS-Fluchtorganisation »Rattenlinie«, bevor er selbst in das Argentinien von Hitlerbewunderer Peron floh. Kopps bekennt sich in seinen Schriften bis heute unumwunden zum Nationalsozialismus.

Belgiens Polizei lockt Illegale in die Abschiebung

Die Zahl der illegal in Belgien lebenden Ausländer wird auf über 70.000 geschätzt: Auf Initiative der neuen Regenbogenkoalition hatte das Parlament einem Erlass zugestimmt, der ihre Legalisierung unter bestimmten Umständen ermöglicht. Wer innerhalb von drei Wochen sein Dossier bei der zuständigen Behörde abgibt und nachweisen kann, dass er seit fünf Jahren ununterbrochen in Belgien lebt oder schwer krank ist oder unzumutbar lange auf sein Asylverfahren wartet, kann eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Regierung und Hilfsorganisationen hatten zuvor mit der Zusicherung für die dreiwöchige Kampagne geworben, keiner der Antragsteller habe eine Abschiebung zu befürchten. Aber gleich am ersten Tag gab es eine Razzia in Brüssels Immigrantenviertel St. Gilles; gesucht wurden Personen, die am selben Tag bei der Gemeinde ihre Adresse angaben und ihre Antragsformulare abholten. Insgesamt wurden in der folgenden Nacht die Wohnungen von 31 Illegalen in St. Gilles durchsucht und 27 Ausweisungsbescheide zugestellt. Das Zentrum für Chancengleichheit hat inzwischen die Dossiers der betroffenen geprüft und festgestellt, dass sie berechtigt sind, einen Antrag auf unbefristeten Aufenthalt zu stellen. Es hat deshalb das Innenministerium schriftlich aufgefordert, die Ausweisungsbescheide zurückzuziehen.

Nike lässt in Sweatshops schuften

Der Sportartikel-Hersteller Nike ist ins Gerede gekommen. In Trikots der Modemarke wurden giftige Chemikalien gefunden. Doch Gesundheitsrisiken sind nur ein Grund, Produkten des Bekleidungs-Multis mit Skepsis zu begegnen. Nike lässt seine Artikel von Vortagswerkstätten vornehmlich in Südostasien herstellen, in denen die Beschäftigten, zumeist Frauen, zu niedrigsten Löhnen und unter oftmals unglaublichen Bedingungen arbeiten. Sweatshops werden solche Betriebe genannt. In einigen Ländern wird bereits seit längerem gegen den Konzern mobil gemacht. Für Gewerkschaftsaktivisten und Studentengruppen vor allem in den USA, Kanada und Australien gilt Nike als Symbol der Sweatshop-Produzenten schlechthin.

In Indonesien hat im Spätsommer letzten Jahres eine Umfrage der Christlichen Stadtmission ergeben, dass in den für Nike arbeitenden Betrieben im Großraum Jakarta 77 Prozent der rund 3000 Befragten für weniger als 2 US-Dollar am Tag arbeiten (ohne Überstundenzuschläge). In den Werkshallen sei es gewöhnlich unerträglich heiß und der Zugang zu Trinkwasser nicht ausreichend. Dazu käme, dass die Arbeiterinnen oftmals zu Überstunden gezwungen werden und wüstenartigen Beschimpfungen durch die Vorarbeiter ausgesetzt sind. Selbst Strafen seien üblich, wie Lohnabzug, das Ziehen an den Ohren, Schläge ins Gesicht oder stundenlanges Stehen in der heißen Sonne.

Auch aus El Salvador werden ähnliche Zustände berichtet. Eine von Adidas in Auftrag gegebene Befragung bei Formosa, einem Unternehmen, das sowohl für Nike als auch für Adidas herstellt, ergab, dass auch dort Beschimpfungen und sexuelle Belästigungen durch Vorarbeiter an der Tagesordnung sind. Arbeiterinnen, die versuchten, eine Gewerkschaft zu gründen, wurden entlassen. Eine Erfahrung, die auch in Vietnam gemacht werden musste. Nachdem der US-amerikanische Sportsender ESPN drei Arbeiterinnen über die Zustände in ihrem Betrieb, der für Nike produziert, interviewt hatte, wurden diese entlassen. Sie hatten unter anderem von gewalttätigen Übergriffen berichtet. Nikes Vizepräsident Joseph Ha hat auf den wachsenden Druck in den USA reagiert, indem er in einem Brief an den vietnamesischen Gewerkschaftsdachverband diesen davor warnte, die Nike-Kritiker wollten die Regierung stürzen. „Ihr Ziel ist es, eine Demokratie nach dem Vorbild der USA zu schaffen“, soll er geschrieben haben. Die US-amerikanische Menschenrechtsgruppe LaborWatchVietnam wies diese Vorwürfe zurück und wies darauf hin, dass Ha ihre Zusammenarbeit mit den vietnamesischen Gewerkschaften torpedieren wolle.

Zusammenstellung: hav



Abschiebung von Yusuf Demir – Demo des Wanderkirchenasyls

DÜSSELDORF. Am 5. Januar 2000 wurde Yusuf Demir bei einer Ausweiskontrolle in Dortmund festgenommen und am 11.1. im Rahmen der wöchentlich stattfindenden Sammelabschiebungen vom Frachtterminal des Düsseldorfer Flughafens abgeschoben. Er hatte kein offizielles Aufenthaltsrecht und befand sich im Wanderkirchenasyl in der evang. Bodelschwinghgemeinde in Bielefeld. Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Münster über seinen Asylfolgeantrag steht noch aus. Proteste von verschiedenen Seiten, auch am Flughafen, hatten keinen Erfolg. Am 21. Januar besteht das Wanderkirchenasyl bereits zwei Jahre. Hier kämpfen mehr als 450 Flüchtlinge aus dem türkischen Teil Kurdistans, rund 100 Kirchengemeinden und die Kampagne *kein mensch ist illegal* für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen und MigrantInnen. Angesichts der aktuellen Lage ruft das kölnernetzwerk der Kampagne *kein mensch ist illegal* am 21. Januar um 12 Uhr zur Mahnwache vor dem Düsseldorfer Landtag und am 22. Januar um 12 Uhr zur Demonstration in Düsseldorfs Friedenskirche, Florastr. 55a auf. www.stadtrevue.de/kmii/

Rechtsextreme Provokation gegen Holocaust-Mahnmal in Berlin

BERLIN. Ein „Bürgerkomitee gegen Holocaust-Mahnmal in Berlin“ ruft per Infotelefon und Internet zu einer Protestdemo für den 29. 1. in Berlin gegen die Grundsteinlegung des geplanten Mahnmals auf. Hinter dieser „Bürgerinitiative“, die angemeldet ist, versteckt sich das DVU-nahe „Nationale Aktionsbündnis“. Nach Informationen des „Berliner Bündnisses gegen Rechts“ handelt es sich um eine Reihe von antisemitischen Provokationen der rechten Szene. Zudem häufen sich antisemitische Gewalttaten wie der Anschlag auf den Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee und die Zerstörung der Werkstatt eines Steinmetzes, der kostenlos half, ihn wieder herzurichten. PDS-Abgeordnete und das „Bündnis gegen Rechts“ rufen zu GegenDemonstrationen am 29.1. auf. Beginn: 11 Uhr am Rosa-Luxemburg-Platz. Ende: Bahnhof Friedrichstraße. Die Aktion richtet sich gegen die „wieder zunehmende Salonfähigkeit des Antisemitismus in der Berliner Republik.“ *abe*

Universität verbietet RCDS-Broschüre wegen rechtsextremer Anzeige

POTSDAM. Die „Offene Linke Liste“ an der Potsdamer Uni (5 von 27 Sitzen im Studierendenparlament) protestierte gegen eine Broschüre des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), die eine Werbeanzeige der Zeitschrift *Junge Freiheit* enthielt und der ein Werbeprospekt für das *Ostpreußenblatt* beilag. Die Universität verbot inzwischen die Verteilung dieser Broschüre, da die *Junge Freiheit* dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen sei. Sie berief sich dabei auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf sowie auf Berichte des Verfassungsschutzes der letzten Jahre. Der RCDS wurde aufgefordert, derartige Werbung künftig zu unterlassen. *SZ*

Studentische Initiative gegen die Deutsche Burschenschaft

JENA. Mit einem „Offenen Brief an die Universität Jena“ wendet sich eine Studentische Initiative gegen die Deutsche Burschenschaft. Anlaß zu dem Brief waren die jüngsten Ereignisse um die Burschenschaft *Jenensia*. Ein bekannter Rechtsextremist hatte Anfang Dezember 1999 bei der *Jenensia* einen Vortrag halten können. Bei der Veranstaltung stellten Neonazis des „Thüringer Heimat-schutzes“, teils in Personalunion als Burschenschaftler, die Order. In dem Offenen Brief werden rechtsextreme Verbindungen und Inhalte innerhalb des Dachverbandes *Deutsche Burschenschaft* kritisiert. Die *Jenensia* ist ebenso wie die *Arminia auf dem Burgkeller*, *Teutonia* und *Germania* Mitglied in dem Dachverband. Die Universitätsleitung wird aufgefordert, Burschenschaften keine Unterstützung und Privilegien zukommen zu lassen und bestehende abzuschaffen. Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören neben zahlreichen studentischen Gruppen der Gewerkschafter Michael Ebenau, der Pfarrer der evangelischen Studentengemeinde Gotthard Lehmke, das Stadt-ratsmitglied Marco Schrüf und der Vorsitzende der Gewerkschaft hbv-Thüringen Angelo Lucifero. Kontakt: *Initiative für politische Einmischung an der FSU, Schillergässchen 5, 07745 Jena, E-mail: einmischung.jetzt@hotmail.com*



<http://www.stud.uni-siegen.de/antifa/burschis/links/> – Unter dieser Adresse finden sich zahlreiche Linkseiten zur Kritik studentischer Verbindungen in Deutschland und in Österreich

Volksbegehren für ein neues Musikschulgesetz in Brandenburg

POTSDAM. Nachdem der Landtag in Potsdam eine von 61.000 BürgerInnen unterstützte Volksinitiative für ein neues Musikschulgesetz im Dezember abgelehnt hatte, läuft nun der Antrag auf ein Volksbegehren. Der Landesverband der Musikschulen will erreichen, dass die finanzielle Ausstattung der 29 Einrichtungen im Land verbessert und ein allgemeiner Qualitätsstandard für Musikschulen eingeführt wird. Die Landesregierung muss die Listen bis spätestens Ende Februar in den Gemeinden auslegen. Für ein erfolgreiches Volksbegehren sind 80.000 Unterschriften in vier Monaten erforderlich.

www.mehr-demokratie.de

Schranken für direkte Demokratie?

BREMEN. Am 14. Februar veröffentlicht der Staatsgerichtshof seine Entscheidung über die Zulassung des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bremen“. In dem Rechtsstreit geht es um die Frage, ob das Grundgesetz den Ländern Schranken für den Ausbau der direkten Demokratie vorgibt. Im Mittelpunkt stehen die Forderungen von *Mehr Demokratie*, die BürgerInnen auch in Finanzfragen mitbestimmen zu lassen und die Abstimmungsklauseln beim Volkstent-scheid zu streichen. In beiden Punkten sieht die Landesregierung Verstöße gegen das Grundgesetz.

Mehr Demokratie, 5.1.

Proteste und Demos in Berlin-Buch gegen die Schließung von Kliniken

BERLIN. Die Pläne des Berliner Senats sehen vor, nach einer Reduzierung der Bettenanzahl von 5800 (1989) auf 1065 weitere 300 Betten wegzulassen. Damit soll ein Beitrag zur Rettung der angeschlagenen AOK geleistet werden. Die Kliniken Robert-Rössle und Franz-Volhard, die zur Berliner Charité gehören, und das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, sind sowohl wichtige Einrichtungen bei der Behandlung von Kreislau- und Krebskranken als auch der Forschung auf diesen Gebieten. Auf einer Kundgebung vor dem Roten Rathaus in Berlin forderten die Teilnehmer mit dem Ruf „Buch muss bleiben!“ den Senat auf, die geplanten Schließungen zurück zu nehmen. Die geplante Kürzung des Budgets bedrohe deren Existenz als universitäre Kliniken. Bürgerrechtler Jens Reich, ein Molekularbiologe und in Buch beschäftigt, warnte vor einem politischen Kunstfehler, da in den Kliniken mit modernsten Verfahren zu Herzinfarkt, Krebs und Schlaganfall geforscht werde. Die über 1000 Demonstranten übergaben einen offenen Brief an die Senatskanzlei Berlins, in dem sie ihre Forderungen wiederholten.

abe



Antifaschistische Koordination Nord

ELMSHORN. Schon vor einigen Monaten gründete sich in der Region die Antifaschistische Koordination Nord (AKN). Die Gruppe soll zu einer neuen Vernetzungsstruktur autonomer antifaschistischer Gruppen im nördlichen Hamburger Umland werden und Aktivitäten der hier aktiven Gruppen koordinieren bzw. gemeinsame Aktionen und Diskussionen anregen. Mit der Einrichtung eines Antifa-Info-Telefons einigten sich die Mitgliedsgruppen der AKN auch bereits auf ein erstes gemeinsames Vorhaben. Das Telefon wird wahrscheinlich schon ab Februar angerufen werden können, zuvor sollen gerade in den Gebieten der Region Plakate verklebt werden, in der entweder starke faschistische Strukturen existieren und/oder keine antifaschistischen Gruppen aktiv sind. Die AKN ist letztlich als Antwort auf zahlreiche Nazi-Übergriffe und den raschen Ausbau neonazistischer Strukturen in der Region ebenso zu verstehen, wie als neue Möglichkeit für die Antifa, sich künftig schneller auf gemeinsame Aktionschwerpunkte oder Themen zu verständigen.

ram, aus: *nadelstiche*, Sozialistische Zeitung für Norderstedt

16. April 2000: 55. Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen

SACHSENHAUSEN. Das Präsidium des Int. Sachsenhausenkomitees bittet in einem Aufruf an die Öffentlichkeit um Unterstützung, um am 55. Jahrestag der Befreiung des ehemaligen Konzentrationslagers würdige Veranstaltungen durchführen zu können. „Mit einer großen Kundgebung wollen wir am 16. April in der Gedenkstätte Sachsenhausen öffentlich zum Ausdruck bringen, dass es in der Bundesrepublik Deutschland gleich uns viele Menschen gibt, die das finsternste Kapitel deutscher Geschichte, das nationalsozialistische Hitlerregime und seine Verbrechen, entschieden verurteilen und die mit uns gemeinsam unserer hingemordeten Kameraden aus über 20 Nationen gedenken möchten. Der 50. Jahrestag hat uns jedoch schon die Erfahrung vermittelt, dass ohne die finanzielle und tatkräftige staatliche Unterstützung sowie die vieler Organisationen die Veranstal-

tung selbst und die Teilnahme ehemaliger Häftlinge und Hinterbliebener nicht möglich ist.“ Spendenkonto: Berliner Bank, BLZ 10020000, Konto 9103535000, „55. Jahrestag“. www.ivvdn.de/antifa

Braunschweiger Zeitung lehnte Todesanzeigen für Dr. Nikolov ab

BRAUNSCHWEIG. Dr. Nikolov starb am 21. Dezember 1999 im Braunschweiger Klinikum an den Folgen lebensgefährlicher Schussverletzungen, die ihm bei einem Abschiebeversuch von einem SEK-Beamten aus Hannover beigebracht wurden. Angesichts der am 7. Januar bevorstehenden Beerdigung wollten PDS-Mitglieder, die Dr. Nikolov zwei Jahre in seinem Kampf gegen die Abschiebung begleitet hatten, folgende Todesanzeige aufgeben:

Dr. Zdravko Nikolov Dimitroff

geb. 4.1.1963 in Sofia, gest. 21.12.99 in Braunschweig.

Der Folter und Demütigung in Bulgarien entflohen, suchte er Schutz und Anerkennung als politischer Flüchtling in Deutschland – vergeblich. Zur Abschiebung freigegeben starb er durch Polizeigewalt.

Wir trauern und fragen: warum?

MdB Heidi Lippmann – PDS Landesverband Niedersachsen – PDS Kreisverband Braunschweig.

FreundInnen, Bekannte, BerufskollegInnen sowie von der bitteren Tragik seines Todes berührte Menschen nehmen Abschied: Freitag, d. 7. Januar 2000, 9.45 Uhr, Hauptfriedhof, Hauptkapelle.

Dies wurde vom Geschäftsführer der Braunschweiger Zeitung verweigert unter dem Hinweis auf den Redaktionsbeschluss vom Oktober 98, darin heißt es: „Die BZ mit ihren Bezirks- und Lokal Ausgaben versteht sich als unabhängig und nicht parteigebunden, sie bekennt sich zur demokratischen Grundordnung unseres Staates, vertritt eine liberale Politik und lehnt rechts- und linksradikale Tendenzen ab. Dieser publizistische Grundsatz gilt auch für den Anzeigenteil.“ Darüber hinaus ließe es der publizistische Grundsatz der BZ auch nicht zu, die Todesursache, nämlich die polizeiliche Gewalt, beim Namen zu nennen; dieses sei einer Todesanzeige nicht angemessen. Die Todesanzeige wurde nicht veröffentlicht. Ebenso erging es der Todesanzeige des niedersächsischen Flüchtlingsrates. Auch hier seien Form und Inhalt der Anzeige nach Auffassung des Geschäftsführers für eine Todesanzeige auf einer Familienseite nicht angemessen.

Das Abweisen der Todesanzeige ist mehr als skandalös und reiht sich ein in die menschenverachtende Behandlung des Dr. Nikolov, die er in der Öffentlichkeit erfuhr.

PDS Niedersachsen, PE 4.1.

Die besetzte Uppenbergsschule bleibt erstmal

MÜNSTER. Seit der Silvesternacht 1999/2000 ist die Uppenbergsschule in der Grevener Str./Ecke Schulstr. in Münster von etwa 50 Leuten zwischen 20 und 40 Jahren besetzt. Sie wollen in Münster ein libertäres, selbstverwaltetes Zentrum aufbauen, wo Platz sein soll für Cafe/Kneipe, Proberäume, Frauen/Lesbenräume, Volkküche, Therapieräume, Infoladen ... wo Konzerte veranstaltet, Feste gefeiert und politische Infoveranstaltungen angeboten werden können. Am 6. Januar gab es Verhandlungen zwischen VertreterInnen der Stadt und BesetzerInnen. Das Ergebnis: Die BesetzerInnen können zunächst bis zum 9. Februar im Haus bleiben. Wie lange, hängt von der Ratssitzung am 9. Februar ab, wo über die Zukunft der Schule verhandelt wird. Die Bedingungen der Stadt waren: Die BesetzerInnen sollen akzeptieren, dass das Haus abgerissen wird und eine Erklärung abgeben, dass sie das Haus zu einem festgesetzten Zeitpunkt verlassen; sie sollen ihr Konzept überarbeiten und konkreter fassen (z.B. wieviel Räume sie benötigen und welche Gruppen mit ins Haus wollen); sie sollen feste, verbindliche VerhandlungsführerInnen stellen. Darüber diskutieren die Betroffenen nun ausführlich. ifghh@mail.nadir.org



Der Castor kommt – wir auch! Stopp aller Castortransporte

MÜNSTER/HANNOVER. Am 16. Januar fanden fünf zeitgleiche Auftaktaktionen des Aktionsbündnisses Westmünsterland gegen Atoanlagen in Ahaus, Gronau, Steinfurt, Dülmen und Münster mit gemeinsamer Sternfahrt zur Abschlusskundgebung in Coesfeld gegen die geplanten neuen Castortransporte statt.

Eine Woche zuvor führte die Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) Lüchow-Dannenberg im niedersächsischen Landtag eine Pressekonferenz durch. Sprecher Wolfgang Ehmke wies darauf hin, dass im Jahr 2000 die Betriebsgenehmigungen für die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) in Gorleben wie auch des Schachts Konrad als Bundesendlager anstehen, weil die Bundesregierung Schadenersatzansprüche der Gesellschaft für Nuklearservice abwenden will. „Kommt die PKA-Genehmigung jetzt, gehören wir zu den ersten Besuchern der EXPO 2000, kommt der Castor, stellen wir uns quer wie bisher – auf der Straße und auch vor Gericht.“ www.oneworldweb.de/castor



Friedlich und entschlossen kamen am Sonnabend mehr als 80.000 Menschen zu den Gräbern Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts in Berlin-Friedrichsfelde und ehrten im stillen Gedenken die Opfer der deutschen Reaktion. Die Abertausende gedachten der aufrechten Kämpfer gegen Krieg, Faschismus und Terror, die auf dem Friedhof der Sozialisten begraben sind. In die breite Front der Teilnehmer reihten sich politische Parteien, Gruppen und Bewegungen - von der PDS bis zu linken Gewerkschaftlern, von Linken der SPD bis zu autonomen Gruppen - ein. Alle machten die traditionelle Demonstration im Osten Berlins zu einem großen politischen Ereignis. In einer Zeit, in der in diesem Lande die Herrschenden immer offensichtlicher ihre Unfähigkeit zeigen, das Land demokratisch und im Interesse der Menschen zu regieren. Alle die, die zu dieser Manifestation gehen, ob alt oder jung, sind durch nichts gezwungen, teil zu nehmen. Sie gehen nach Friedrichsfelde, um ihre Solidarität mit allen Menschen zu demonstrieren, die gegen Unrecht, Willkür und Rassenhaß kämpfen. Sie gehen nach Friedrichsfelde, um den Herrschenden auch dieses Landes zu zeigen, dass die Idee der Emanzipation lebendig und nicht zu zerstören ist.

Stärker noch als in den Jahren zuvor reagierten sie auf Willkür und Verbotsversuche seitens staatlicher Organe. Die von allen Teilnehmern gezeigte Entschlossenheit, sich das Recht auf Demonstration nicht nehmen zu lassen, setzte in der Nun-Hauptstadt Berlin

deutliche Akzente: Berlin ist nicht Bonn! Und wir lassen uns vor den Augen der Weltöffentlichkeit und angesichts der deutschen Biederkeit und Abneigung gegen Links nicht verbieten, totschweigen, zersetzen oder spalten! Die Botschaft des vergangenen Sonnabends kann nicht überhört oder übersehen werden. Selbst wenn mancher, der aus sicheren Büro- und Amtsstuben hinter Sperrzonen und Bannmeilen auf Berlin schaut, meint, dass passe nicht ins Bild der bundesdeutschen Hauptstadt und es überhaupt zu viele Demos hier gäbe, muss sich damit abfinden: Skandale und illegale Konten, Parteiengenzänk und schwere politische Fehlleistungen können nicht von Arbeitslosigkeit, schlechter Politik und Mediengewäsch ablenken. Keiner der vielen Demonstranten wird jedoch vergessen, was dem Sonnabend vorausging.

Noch am Vorabend der für den 11. Januar 2000 von der PDS Berlin angemeldeten Manifestation wurde die Demonstration abgesagt, weil ein bislang in der Öffentlichkeit wenig bekannter Mann sich mit Briefen gemeldet hatte, in denen er mit Gewalt und Attentaten gegen die PDS und die Teilnehmer der Demonstration drohte. Die Berliner Polizei reagierte mit äußerster Vorsicht und dem Verbot der Demonstration. Der PDS-Bundes- und der Berliner Landesvorstand Partei akzeptierten die Entscheidung und riefen ihre Mitglieder auf, der Demonstration fern zu bleiben. Jedoch meldete der Berliner Vorstand sofort einen neuen Termin an und betonte, dass die Demonstration keinesfalls aufgegeben werde.

Eine Woche lang setzte nun eine Auseinandersetzung um die Reaktion der PDS-Vorstände und der Verantwortlichen ein. Die Kritiken, die geäußert wurden, reichten vom Verratsvorwurf bis zum Vorwurf der Unterlassung rechtlicher Schritte gegen das Verbot. Im Mittelpunkt der Kritik stand Petra Pau als Berliner Landesvorsitzende. Hinter sie stellten sich Lothar Bisky, Vorsitzender des BV der PDS, Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der PDS im Bundestag, Landesvorsitzende der PDS und andere.

Ulla Jelpke, Mitglied der Bundestagsfraktion der PDS, hatte in einem persönlichen Brief an Petra Pau deren Haltung kritisiert und verlangt, dass die PDS offensiver vorgehen müsse. Andere kritisierten, dass die PDS dem „Innensenat die Arbeit abgenommen“ hat.

Gregor Gysi urteilte in einem Brief an seine Fraktionskollegin Ulla Jelpke, dass in den vergangenen Jahren immer auch wieder Gruppen wie die MLPD u.a. teilgenommen hätten, was häufig zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei geführt habe. Er schrieb an Ulla Jelpke, dass eine Massendemonstration zur Bejahung sozialistischer Ideale „die Herrschenden vielmehr erschüttert als eine Krawalldemo“. Gysi - was er schon wiederholt tat, bringt damit seine Vorbehalte gegen Linke zum Ausdruck, die er lieber nicht in einer sozialistischen Bewegung sehen möchte. Keinesfalls ein akzeptabler Standpunkt!

Selbst wenn das Auftreten solcher Gruppen in Stil und Form sich von anderen unterscheidet, wurden seitens der Polizei immer wieder geringste Anlässe gefunden, um Teilnehmer dieser Gruppen brutal anzugreifen. Organisatoren vergangener Veranstaltungen sagen, dass diese Gruppen nicht verantwortlich für Polizeigewalt sind.

Recht gibt ihnen das Beispiel der Teilnehmer an der Sonntagsdemonstration, die trotz Verbot im Zentrum Berlins erschienen. Viele unter ihnen hatte die Nachricht nicht erreicht, andere wollten sich das Recht auf Demonstrationsfreiheit auch trotz des Verbotes nicht nehmen lassen. Die Polizei ging mit einem großen Aufgebot gegen diese Demonstranten vor, versuchte, sie zu zerstreuen und griff schließlich, wie Fotos und Augenzeugen berichten, auch zur Gewalt. Es entstand der Eindruck, dass nicht die Bomben- und Attentatsdrohung das Entscheidende war, sondern der Versuch, überhaupt zu verhindern, dass eine Demonstration stattfindet. Gregor Gysi, der nicht anwesend war, hätte sich die „Krawalle“, von der Polizei organisiert, durchaus mal ansehen können.

Nach der erfolgreichen Durchführung der Demo vom vergangenen Sonnabend bleiben also Fragen.

Eine der Fragen ist grundsätzlicher Natur: Wie verhält sich eine Partei mit Anspruch auf sozialistische Ideale und demokratischen Sozialismus in einem Staate, der demokratisch sein will, aber



gegen sie und andere vorgeht. Zitat aus dem Munde des Polizeipräsidenten Berlins, Saberschinsky: Berlin sei ein Zentrum, „in dem sich terroristische und fundamentalistische Gruppierungen sammeln.“ Ohne sich an Spekulationen politischer Art oder an Verschwörungstheorien zu beteiligen, zeigt sich, dass Vorwände aufgenommen und aufgebaut werden, um die Staatsmacht in Erscheinung treten zu lassen, auch in Form direkter Gewaltanwendung. Das ist Scharfmacherei und behindert die Demokratie. So ist es nicht verwunderlich, wenn der PDS-Führung zu zaghaftes Verhalten angesichts des Verbotes der Demo vorgehalten wird. Der ehemalige Verfassungsrichter Helmut Simon äußerte in der taz: „Diese Praxis der Sicherheitsbehörden (gemeint ist das Verbot der Demo) ist nach dem Grundgesetz unzulässig, denn das Demonstrationsrecht ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ein Grundrecht von hohem Verfassungsrang.“ Er kritisiert die Verhaftung von Personen, die trotz des Verbotes kamen und äußert unmissverständlich: „Sie haben es (die Gefahr) in Kauf genommen. Es bestand insoweit kein Grund mehr, durch ein Verbot sie vor der Gefährdung zu schützen.“

Diese Lektion hatte die PDS-Führung zur Zeit der Erteilung des Verbotes noch nicht gelernt: Ulla Jelpke ist Recht zu geben, wenn sie zu defensives Verhalten moniert.

Jedoch erschöpft sich darin keineswegs die gesamte Problematik. Es erscheint vielmehr, als ob die PDS nicht auf solche Situationen vorbereitet und zu schnell bereit ist, stramm zu stehen. Keinesfalls hilfreich sind Krawalle noch Wut auf die PDS-Führung. Die Partei und alle ihre Freunde und Sympathisanten sollten lernen, mit Gelassenheit und Ruhe solche Situationen zu meistern. Allerdings erscheint es erforderlich, den Platz der PDS in dieser Bundesrepublik genauer zu bestimmen. Es kann nur eine Partei sein, die parlamentarische Aktivitäten mit außerparlamentarischen verbindet, die von einer breiten demokratischen Öffentlichkeit getragen werden. Die PDS wird, wenn sie sich diesen Gelegenheiten stellt, noch mehr Menschen überzeugen, dass sie demokratisch und konsequent denkt und handelt. Dazu gehört, die im Grundgesetz der Bundesrepublik garantierten Rechte wahrzunehmen und prinzipiell gegen Maßnahmen zu reagieren, die ihr und ihren Mitgliedern solche Rechte beschneiden sollen.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden von vielen aufrechten Menschen linken Denkens geehrt, weil sie konsequent gegen Krieg und Reaktion kämpften und unbeugsam den Kampf um soziale Gerechtigkeit und Gleichheit führten. Die Teilnehmer der Demo vom Sonnabend bekundeten ihre Bereitschaft im Sinne von Karl und Rosa zu handeln: „Trotz alledem!“ (abe)

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg?

Bundesweite Prozessflut wegen Aufrufen gegen den Jugoslawienkrieg

Während des Krieges der NATO gegen Jugoslawien haben Menschen in unterschiedlicher Form Soldaten dazu aufgefordert, sich nicht an den Kriegshandlungen zu beteiligen. Es wurde aufgerufen, den Kriegsdienst oder den Gehorsam zu verweigern bis hin zur Desertion. Gegenwärtig laufen bundesweit gegen etwa 70 KriegsgegnerInnen Verfahren wegen des Verdachts der „öffentlichen Aufforderung zu Straftaten“ nach § 111 Strafgesetzbuch. Die Beschuldigten hätten zur Fahnenflucht und/oder Gehorsamsverweigerung aufgerufen. Alle Prozesse sind öffentlich und BesucherInnen sind erwünscht.

Tübingen

Sie macht es jetzt nach über 7 Monaten doch noch: Die Staatsanwaltschaft Tübingen erhebt Anklage gegen Tobias Pflüger wegen Aufruf zur Desertion. Insgesamt vier Fälle von Aufruf zur Desertion (Tübingen, München, Calw und Frankfurt) wurden zu einem Verfahren zusammengezogen und werden Tobias Pflüger zur Last gelegt. Er soll 3.500 DM Strafe zahlen, aufgeteilt in 70 Tagessätze zu 50 DM.

In der von der Staatsanwaltschaft Tübingen angeforderten Stellungnahme hatte Tobias Pflüger am 27.8. seine Aufrufe bekräftigt. Er verwies auf den Gesamtzusammenhang des NATO-Krieges gegen Jugoslawien, monierte, dass offensichtlich nur der Aufruf an bestimmte Soldaten rechtswidrig sei, wogegen er an andere offensichtlich NATO-Politik war und begründete, warum er die Aufrufe zur Desertion für richtig hielt.

Die Unterlagen zur Anklage sind im Internet nachlesbar unter: <http://www.tobias-pflueger.de>.

Tobias Pflüger zur Anklage:

1. Ich verstehe nicht, dass die Staatsanwaltschaft jetzt noch kommt mit einer doch recht deftigen Anklage.
2. Nach wie vor werden die Falschen angeklagt. Die Regierenden der NATO-Staaten haben einen völkerrechtswidrigen und grundgesetzwidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien durchgeführt, bei dem Menschen umgebracht wurden.
3. Die vorgegebenen Gründe für den Krieg („Luftschläge für Menschenrechte“, „Hilfe für Flüchtlinge“ etc.) waren schon während des Krieges offensichtlich nicht zutreffend. Flüchtlinge wurden für geostrategische Interessen lediglich instrumentalisiert. Es zeigt sich Tag für Tag, dass lediglich das ethnische Vorzeichen der Vertreibung herumgedreht wurde (früher Kosovo-Albaner/innen, jetzt Serb/inn/en und Roma)
4. Die Art der Waffen des Krieges zeigen, dass es der NATO darum ging, die (wirtschaftliche) Infrastruktur von Jugoslawien zu zerstören und z.B. mit Streubomben die Bevölkerung zu treffen.
5. Der Aufruf zur Desertion war richtig, und ich würde es in einem nächsten Krieg wieder so machen.
6. Wenn denn nun schon Anklage erhoben wird, bietet das die Möglichkeit, die juri-

stischen und politischen Komponenten des Krieges gegen Jugoslawien vor deutschen Gerichten zu erörtern.

PM der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen. Spendenkonto 1662832 Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641.500.20)

Einen Überblick über die bundesweiten Prozesse wegen Desertion im folgenden:

Verfahren in Nürnberg

Jost Gruber, DFG-VK Gruppe Nürnberg: Presserechtlich ist er verantwortlich für ein Flugblatt, was am 10. und 11. Juni 1999 anlässlich der Bundeswehr-Ausstellung „Unsere Marine“ in Nürnberg verteilt wurde.

Er erhielt einen Strafbefehl über 60 Tagessätze, weil er „in zwei Fällen einen anderen beleidigt“ und „in einem Fall davon gleichzeitig öffentlich ... zu zwei rechtswidrigen Taten (Fahnenflucht und Nichtbefolgung von Anordnungen)“ aufgefordert habe. Gegen diesen Strafbefehl ist Einspruch eingelegt.

Verfahren in Münster

Dr. Bernd Drücke, Redakteur der Graswurzelredaktion: Als presserechtlich verantwortlicher Redakteur der Monatszeitschrift „Graswurzelredaktion“ habe er mit dem Abdruck des „Aufruf an alle Soldaten der Bundeswehr, die am Jugoslawien beteiligt sind“ und seiner Unterzeichnung öffentlich zu Straftaten aufgerufen.

Verfahren in Horb

Ermittlungsverfahren gegen Dr. Frercks Hartwig-Hellstern von der Horber Friedensinitiative Der Vorwurf bezieht sich auf ein am 29.4.1999 gezeigtes Plakat mit der Aufschrift „Soldaten verweigert jetzt“.

Verfahren in Tübingen

Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisation hat einen Strafbefehl über 70 Tagessätze bekommen. Wegen Geringfügigkeit wurden zwei Verfahren gegen andere Tübinger eingestellt.

Verfahren in Berlin

Die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär hat kurz nach Beginn des Angriffs der NATO ein Anti-Kriegsplakat herausgegeben. Unter der



Weg frei für Frauen zum Dienst mit der Waffe

SZ-Zeichnung: Pepsch Gotscheber

Kriegsdienst? Nein Danke!

Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) kritisiert die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zum Militärdienst von Frauen. Sie fordert alle Frauen und Männer auf, die Armeen zu meiden und beruflichen Erfolg in zivilen Bereichen zu suchen. Im Gegensatz zum Bundeswehrverband, der das Grundgesetz in dieser Frage für „auslegungsfähig“ hält, weist die Friedensgesellschaft darauf hin, dass die Aussage in Artikel 12a „Sie dürfen auf keinen Fall Dienst an der Waffe leisten“ eindeutiger kaum sein kann. Wenn es also darum geht, Berufsfelder in der Bundeswehr auch für Frauen zu öffnen, wie es die Klägerin anstrebte, dann muss der Gesetzgeber entweder einen Weg finden, in allen Laufbahnen auch waffenlose Dienste zu ermöglichen oder das Grundgesetz in diesem Punkt ändern. Dabei besteht die Gefahr, dass das Verbot einer Zwangsverpflichtung von Frauen für bewaffnete Tätigkeiten gleich mit ausgehebelt wird. Dagegen kündigt die Friedensgesellschaft ihren schärfsten Widerstand an.

Schon in der Vergangenheit hat es immer wieder Versuche gegeben personelle Engpässe in der Bundeswehr mit Frauen aufzufüllen, zuletzt im Sommer 1999 durch Verteidigungsminister Scharping, der Frauen zum Wachdienst einsetzen wollte. Diese Bestrebungen werden jetzt wohl mit höchstrichterlicher Unterstützung fortgesetzt werden. Gleichzeitig sieht die Friedensgesellschaft als positiven Nebeneffekt des Urteils nun die Wehrpflicht in Deutschland noch stärker als bisher unter Druck. Um die Abschaffung des Zwangs zum Kriegsdienst - eine wichtige Forderung der KriegsdienstgegnerInnen - wird die Bundesregierung nun kaum noch herum kommen.

Die DFG-VK weist darauf hin, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem bewaffneten Militärdienst und dem Grad der Emanzipation sowie den Berufschancen von Frauen in der Gesellschaft gibt. Das wohl deutlichste Beispiel dafür ist der Iran, der Frauen im Krieg gegen den Irak kämpfen ließ, ihnen aber nach wie vor soziale und politische Rechte verweigert ...

Bundesverband der Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), 11. Januar 2000, Medieninformation <http://www.dfb-vk.de>

Neue Belastungen durch die Unternehmenssteuerreform: BERLIN. Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund kritisieren die geplante Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer als Schritt zur völligen Abschaffung der Gewerbesteuer. Außerdem befürchten sie dadurch eine Senkung der kommunalen Steuereinnahmen: in den Jahren 2001 bis 2004 rund 4,5 Milliarden DM. Auch die geplante Erhöhung der Gewerbesteuerumlage lehnen sie ab. Künftig sollen nach den Plänen der Bundesregierung nicht mehr 20%, sondern sogar 26% der Gewerbesteuereinnahmen an Bund und Länder abgeführt werden. Schon jetzt sind Bund und Länder mit jährlich 10,4 Mrd. DM an den Gewerbesteuereinnahmen der Städte und Gemeinden beteiligt. In Zukunft würden es dann 13,5 Mrd. DM sein. www.staedte-tag.de www.dstgb.de

Anhörungsrecht für Kommunen: MÜNCHEN. Alle Fraktionen im bayer. Landtag sprechen sich für ein Anhörungsrecht der kommunalen Spitzenverbände im Parlament aus. Offen ist allerdings, wie dieses Recht ausgestaltet wird, weil die Parteien dazu unterschiedliche Vorstellungen haben. Bereits Ende letzten Jahres hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Forderung der kommunalen Spitzenverbände weitgehend aufgegriffen und einen entsprechenden Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtags eingebracht. Auch die SPD-Fraktion will die vier kommunalen Kernforderungen nach einer ausreichenden Anhörungsfrist, einem Mitberatungs- und Rede-recht in den Ausschüssen, einer erneuten Gelegenheit zur Anhörung bei wesentlichen Änderungen sowie einer Dokumentation abweichender Stellungnahmen durchsetzen. Darüber hinaus setzt sie sich für eine Verankerung des Anhörungsrechts in den Kommunalgesetzen und in der Bayer. Verfassung ein. Die CSU-Fraktion hat für die nächste Zeit keine Gesetzes- oder gar Verfassungsänderung in Aussicht gestellt. Aber inzwischen will auch sie die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände in der Geschäftsordnung des Landtags festlegen, allerdings nur in „wesentlichen“ Belangen und Dringlichkeitsanträge sollen ganz von der Anhörung ausgenommen werden.

www.bay-staedtetag.de

Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements: BERLIN. Am 15. Dezember hat der Bundestag die Einsetzung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ beschlossen. Jeder Dritte der über 14-Jährigen ist heute ehrenamtlich tätig, insgesamt 22 Millionen Bundesbürger. Eine wichtige Fragestellung der Kom-

missionsarbeit wird das zukünftige Verhältnis von staatlicher und privat organisierter Solidarität sein. Zunächst aber soll erst einmal eine Bestandsaufnahme gemacht werden, wie die Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements heute aussehen. Die Kommission legt dann praktische Handlungsempfehlungen für die Bundes- Landes- und Kommunalebene vor und zeigt, an welchen Stellen rechtliche Änderungen durchgeführt werden sollen.

www.simmert.de/Texte/enquete1.html

Stadt unterstützt Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter: FRANKFURT/MAIN. In der gemeinsamen Resolution der Rathausfraktionen heißt es: „Sie wird sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung an dem Fonds des Bundes und der Industrie beteiligen. Denn nur dieser Fonds gewährleistet, dass alle noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter bedacht werden können. Die Höhe der Beteiligung ist von der Umlage des Bundes auf die Länder und Gemeinden abhängig. Die Stadt Frankfurt am Main erwartet, dass die Firmen, die Zwangsarbeiter beschäftigt haben, sich ebenfalls angemessen beteiligen ...“

Aus: frankfurter info, 6.1.2000

Stadt lehnt eigenen Fonds für Zwangsarbeiter ab: VELBERT. Die PDS hatte das Thema Zwangsarbeiter bei der Velberter Ratssitzung auf den Tisch gebracht. Rats Herr Günter Judick beantragte, dass die Stadt 10.000 DM „als eine bescheidene, symbolische Summe für das begangene Unrecht“ in den Fonds einzahlen soll. Darüber hinaus forderte er einen Appell des Stadtrates an die zahlreichen Unternehmen der Stadt, sich am Fonds zu beteiligen. Die Rats-Mehrheit lehnte beide Punkte ab: Der 1. Forderung wollte sich niemand anschließen, die drei Grünen-Abgeordneten enthielten sich der Stimme, die SPD lehnte ab, weil die Städte durch die Einigung zwischen Bundesregierung und Hinterbliebenen bereits zur Kasse gebeten würden. Der 2. Antrag wurde mit 35 zu 21 Stimmen abgelehnt. SPD und B90/Die Grünen stimmten für den PDS-Antrag. *Velberter Ztg. 23.12.*

Verlagerung der Wohnungslosenhilfe in die Bezirksamter: HAMBURG. Die beabsichtige Verlagerung der Wohnungslosenhilfe von der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) zu den Bezirksamtern stößt auf Kritik der ÖTV. „Wenn wir die aktuelle Personalausstattung zugrunde legen, dann können jeweils nur ein bis zwei Beschäftigte in der Wohnungslosenhilfe der Bezirke arbeiten.“ Ein optimales Angebot könne so nicht garantiert werden. Außerdem seien weder Betroffene noch Wohnungslose am Konzept beteiligt worden. *Zusammenstellung: baf*

Gegen Modellversuche im Niedriglohnsektor

Sehr geehrte Kollegin Engelen-Kefer, wir, der Ortsfrauenrat der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen München, wenden uns entschieden gegen Modellprojekte im Niedriglohnsektor, mit denen gemäß den Vorstellungen des Bündnisses für Arbeit sogenannte geringqualifizierte ArbeitnehmerInnen in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Laut Untersuchungen ist für die verfestigte Arbeitslosigkeit – um die geht es ja wohl – neben fehlender Qualifikation und gesundheitlichen Einschränkungen vor allem das Alter verantwortlich: ein „zu hohes“ Alter verhindert eine Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt. Wir denken, dass gerade für diese am schwierigsten zu vermittelnden Arbeitslosen diese Modellprojekte nicht geeignet sind. Denn diese niedrigentlohnenden Arbeiten, z.B. im Pflegebereich, im Hotel- und im Gaststättengewerbe (diese Bereiche sind ja wohl gemeint!) verlangen häufig große körperliche Fitness und Einsatzfähigkeit – kann das von älteren ArbeitnehmerInnen noch verlangt werden?(...)

Grundsätzlich wenden wir uns gegen die Vorstellung, es gäbe die sogenannten „einfachen, personenbezogenen Dienstleistungen“: die Arbeit an und mit Menschen fragt eine ganze Menge von Kompetenzen und Fähigkeiten ab: was z.B. ist einfach bei der Pflege und Betreuung alter oder kranker Menschen? Der Zusammenhang ist doch wohl andersherum: Diese Arbeiten werden als „einfach“ be-

zeichnet, weil sie „billig“, vielfach kostenlos, ehrenamtlich oder als Familienarbeit von Frauen geleistet werden. Wir denken nicht, dass wir einer Gewerkschaftsfunktionärin den Zusammenhang zwischen von Frauen geleisteter Arbeit und ihrer Bewertung in einer patriarchalen Gesellschaft erklären müssen.

Wir befürchten daher sehr, dass wieder einmal Frauen die Hauptbetroffenen eine Niedriglohnssektors sein werden; ihr Arbeitsbereich sind diese sog. „einfachen“, personenbezogenen Dienstleistungen. Unsere Anstrengungen für eine Professionalisierung und Höherbewertung v.a. sozialer Dienste und gegen die auch heute fortbestehende geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung werden zunichte gemacht. Die Unterbewertung „weiblicher“ Arbeit wird weiter verstärkt. Wir fordern dagegen – zumindest – existenzsichernde Arbeitsplätze, Bruttostundenlöhne in Höhe von z.B. DM 10,— (Handelsblatt 6.12.99) sind schlicht zu wenig. (...)

Die Subventionierung führt nicht dazu, Existenzen zu sichern, sondern die Arbeitgeber werden diese Subventionierung im großen Maß zur Schaffung eines Niedriglohnbereiches und damit zum weiteren Abbau von existenzsichernden Arbeitsplätzen nutzen.

Mit freundlichen Grüßen, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Bezirk München; Gez. Anneliese Baedeker, Ortsfrauenrat der Gewerkschaft hbv, Dagmar Rüdénburg, Gewerkschaftssekretärin

Internationaler Bund (IB)

Streik erfolgreich beendet

Die Belegschaft erstreckte sich erfolgreich eine Lohnerhöhung um 3,1 Prozent für 1999. Die IB-Geschäftsleitung musste gleichzeitig ihre Vorgabe aufgeben, eine Lohnerhöhung nur gegen Einbußen bei den Eingruppierungen zu verrechnen. Sozialarbeiter z.B. hätten in der Endstufe über tausend DM weniger verdient.

Niemand kann nun länger behaupten, bei einem Wohlfahrtsverband oder Sozialen Verein könne nicht erfolgreich gestreikt werden. Schwerpunkte der Streikbewegung waren die Belegschaften in Baden-Württemberg, Hessen und NRW. Das Argument der Geschäftsführung, Lohnabbau würde Arbeitsplätze sichern, griff nicht. Sogar in Einrichtungen, wie in Osnabrück, in denen aktuell Entlassungen anstanden, wurde ziemlich geschlossen gestreikt. Denn eines war auch dort klar, mit Lohnverzicht lassen sich politische Entscheidungen nicht aufhalten, einzelne Angebote der Sozial- oder Bildungsarbeit entweder völlig zu streichen oder die Qualität der Angebote total zu verschlechtern. Der

Streik war daher ein deutliches Signal nicht nur für die Geschäftsführer des IB und verbessert deutlich die Position der Belegschaften weit über den IB hinaus. Erhardt Ott, Koordinator des ÖTV-Tarifsekretariats beim Hauptvorstand in Stuttgart, zog die Konsequenz, der Streik beim IB habe auch Zeichen gesetzt, für die anstehende Tarifaufeinandersetzung im öffentlichen Dienst.

Der Streik beim IB ist beendet, die Auseinandersetzung wird weiter gehen. An die zweitausend seit dem 1.1.98 neu Eingestellte werden nicht nach dem „Tarifvertrag Tätigkeitsmerkmale“ eingruppiert. Sie verdienen mindestens zehn Prozent, wenn nicht noch weniger, im Vergleich zur „Altbelegschaft“. Mit dieser Spaltung will die Geschäftsführung ÖTV und Belegschaft unter Druck setzen und aufspalten. Aber ein Lohnabbau wird, wenn überhaupt, nur gegen massiven Widerstand durchzusetzen sein. Die Belegschaft gewann mit dem Streik enorm an Selbstbewusstsein und Kampferfahrung.

Frankfurter Info, ibx

Versorgung gefährdet, Gewalt gegen alte Menschen durch Vernachlässigung nimmt zu

Pflegebedürftige alte Menschen

Ende Dezember 1999 berichtete die Augsburger Allgemeine, daß die ambulanten Dienste der Sozialstationen zunehmend unter Finanznöten leiden. Die Leistungen der Krankenkassen decken bei weitem nicht die Unkosten der Sozialeinrichtungen.

Eine zunehmende Zahl von alten Menschen, die zuhause leben, ist auf die Versorgung durch die Sozialstationen angewiesen. Sie können sich nicht mehr alleine versorgen, brauchen pflegerische und medizinische Unterstützungsmaßnahmen. Die Angehörigen können diese Versorgung nicht alleine übernehmen, wenn es überhaupt welche gibt. Die Beschäftigten der Sozialstationen werden zum einen auf ärztliche Anweisung tätig. Dies geschieht, wenn die Versorgung der alten Menschen aufgrund einer Erkrankung notwendig wurde, z.B. aufgrund einer Zuckerkrankheit, die tägliches Insulinspritzen erfordert, möglichst zur gleichen Zeit. Die alten Menschen brauchen des weiteren Hilfe beim Anziehen, bei der Körperpflege, bei sonstigen kleinen und größeren Handreichungen. Diese werden teilweise von den Krankenkassen übernommen, sie werden auch übernommen von den Pflegeversicherungen bzw. die Angehörigen der Pflegebedürftigen können die Pflegepersonen aus Geldern der Pflegeversicherung teilweise bezahlen. Dies hat nun zu Kompetenzstreitigkeiten und Hin- und Herschieberei geführt, wer denn nun für die einzelnen Versorgungsleistungen zuständig sei. Seit 1994 gibt es die Pflegeversicherung. Bei der Festlegung der Einstufung der Pflegebedürftigkeit in die Stufen I-III wurde damals bis ins Kleinste festgelegt, welche Verrichtung tagtäglich mit wieviel Zeitaufwand und entsprechend welcher Einstufung berechnet wird, sowohl für den ambulanten, wie auch für den stationären Pflegebereich. Diese Festlegungen dienen unter anderem auch der Begutachtung, ob denn die von den Pflegebedürftigen und deren Angehörigen angestrebte Pflege und medizinische Versorgung überhaupt notwendig sei. So müssen sich Pflegedienste mit Ablehnungsbescheiden vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen herumschlagen, etwa, wenn die tägliche Einreibung, veranschlagt mit etwa 1,20 DM, vom Medizinischen Dienst abgelehnt wurde. Kaum ein Hausarzt, der solch eine Verordnung ausgestellt hat, hat große Lust, es sich wegen solcher – für ihn – Kleinigkeiten mit dem Medizinischen Dienst zu verderben. Entsprechend legt hier kaum ein Hausarzt Widerspruch ein. Er hat aber solch eine Maßnahme verordnet, und die Sozialdienste können

diese dann nicht mehr ausführen, zumindest nicht mehr gegenüber den Krankenkassen in Rechnung stellen. Die Leistungen der Krankenkassen, so alle Träger von Sozialstationen, sei es nun Caritas, Diakonisches Werk oder Arbeiterwohlfahrt, decken zunehmend bei weitem nicht die Unkosten. Alle Träger dieser Sozialeinrichtungen müssen aus ihren sonstigen Finanzmitteln zuschießen. Enge Personaldecke bei diesen Einrichtungen sind die Folge. Die alten Menschen und deren Angehörigen bekommen dies zu spüren: Wie oft kommt es vor, daß sie bis morgens um 10 oder 11 Uhr im Bett liegen müssen, weil noch niemand da war, der sie anziehen könnte. Und abends werden sie früh ins Bett gebracht, auch wenn sie ihr Leben lang eher spät zu Bett gingen.

Professor Hans-Joachim Wagner, emeritierter (und damit auch schon älterer) Rechtsmediziner der Universität Homburg/Saar hat im November 99 im Deutschen Ärzteblatt eine Untersuchung über die Lage der alten, pflegebedürftigen Menschen vorgestellt. Etwa 1,2 Millionen Menschen werden derzeit in Deutschland zuhause gepflegt. Hinzu kommen weitere etwa 500 000 alte Menschen im stationären Pflegebereich. Eine einheitliche Ausbildung zur Altenpflegerin gibt es bisher noch nicht. Etwa 20 Prozent geben ihren Beruf ein Jahr nach der Ausbildung auf, etwa 82 Prozent sind nach 5 Jahren ausgeschieden. Trotz häufig bewundernswerter familiärer und professioneller Pflegeleistung läßt es sich nicht leugnen, daß insgesamt die sichtbaren Folgen durch Vernachlässigung alter Menschen zugenommen haben. Im März 1999 wurde in Hamburg von der Sozialbehörde ein Forschungsbericht zur „Epidemiologie des Decubitus (d.h. Wundliegen d. Verf.) im Umfeld der Sterbephase“ veröffentlicht. Gestützt auf mehr als 10 000 Leichenschauen fanden sich bei 11,2 Prozent Decubitalgeschwüren. Vergleichende Untersuchungen gibt es aus Niedersachsen. Nach einer Vereinbarung zwischen Kassen und Sozialdiensten im Saarland wird für eine Decubitusbehandlung 6,70 DM gezahlt, was sicher kein Anreiz für eine ordnungsgemäße Versorgung ist. Im Vergleich wird für das Anziehen von Venenstrümpfen ein Betrag von 5,46 DM vergütet.

In Pflegeheimen gibt Professor Wagner die Zahl der Verordnungen an Psychopharmaka als erschreckend hoch an. Gerade da der Stoffwechsel bei alten Menschen sich anders verhält als bei jungen,

stellt sich die Frage der Dauervergiftungen durch die steigende Zahl von Verabreichung der Psychopharmaka. So haben sich die Gesamtverordnungen von definierten Tagesdosen an bestimmten Psychopharmaka (Neuroleptika) innerhalb der letzten zehn Jahre verdoppelt. Die Verabreichung von Schlaf- und Beruhigungs-Tagesdosen bei über 70-Jährigen betragen das 3,4 bis 6,4-fache des Durchschnittsverbrauchs aller Altersgruppen. Bei den über 90jährigen wächst diese Verordnungsmenge sogar auf das über Vierfache bzw. auf das nahezu Achtfache an. Eine 1998 erschienene Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß die Pro-Kopf-Verordnung einer bestimmten Art von Psychopharmaka mit der Größe des Alters- und Pflegeheimes zunimmt. Bei einem Viertel dieser Verordnungen ließ sich keine Begründung nachvollziehen, obwohl die Verordnung kontinuierlich erfolgte. Professor Wagner spricht in diesem Zusammenhang von „Körperverschwendung durch Psychopharmaka“, zumal bei nicht zu verantwortender Dauergabe von Psychopharmaka die Persönlichkeit der alten Menschen zugunsten der „Chemischen Zwangsjacke“ verschwindet. Professor Wagner fordert dagegen Qualitätskontrolle und mehr Geld und Personal für die Altenpflege.

Neben der Vernachlässigung pflegebedürftiger spielt in den letzten Jahren auch die Gewaltanwendung gegen alte Menschen eine zunehmende Rolle, Raubüberfälle in Wohnungen und Handtaschenraub, schwere Verletzungen im Straßenverkehr bei alten Menschen haben in den letzten Jahren ganz erheblich und überdurchschnittlich zugenommen.

Professor Wagner warnt davor, daß mit zunehmender Diskussion über Therapiebegrenzung im Alter der Schritt von der Selektion zur Tötung durch Unterlassung nur ein sehr kleiner sein kann. Er weist auf die Gefahr des „Dammbrucheffektes“ hin, sofern beim „Tötungstabus“ nur kleinste Ausnahmen gemacht würden. Er fordert ein „Frühwarnsystem“, wie es im Sucht- und Drogenbereich entwickelt wurde, um neuen Negativentwicklungen entgegenzuwirken, „ vor allem bei der Bündelung aller um die Sicherheit alter Menschen bemühten Kräfte wie unter anderem der Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie, der Bonner Initiative gegen Gewalt im Alter, dem Deutschen Wohlfahrtsverband, dem Kuratorium Deutsche Altershilfe und dem Weißen Ring“. (elf)

(Dt. Ärztebl. 1999;96: A 3032-3034 (Heft 47))

Wirtschafts-
presse

BDI-Präsident kritisiert

Steuerreform. - HB, Donners-

tag, 23.12.99. - Die angekündigte Einführung eines Körperschaftsteuersatzes von 25% begrüßte er als „positives Signal“. Ohne eine nachweislich entsprechende Entlastung für den industriellen Mittelstand könne der BDI aber keiner Steuerreform zustimmen, so Hans-Olaf Henkel. Er wies außerdem den Plan zurück, dass die Unternehmen die vorgesehene Senkung der Steuersätze selbst „gegenfinanzieren“ müssten.

DIHT fordert einheitlichen Steuersatz

von 25%. - HB, Freitag, 31.12.1999. -

Hans P. Stihl, DIHT-Präsident, greift die unterschiedliche Besteuerung von einbehaltenen und ausgeschütteten Gewinnen an: „Es gibt keine „guten“ und „schlechten“ Gewinne. Der Unternehmer muss mit ausreichenden Eigenmitteln selbst das unternehmerische Risiko abdecken. Ohne ausreichenden Gewinn läuft gesamtwirtschaftlich und betriebswirtschaftlich überhaupt nichts. Der Staat muss deshalb künftig bescheidener werden, um die Innovations- und Wirtschaftskraft der Wirtschaft zu stärken“.

Handwerk warnt vor Kredit-Verteu-

erung. - Der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Hanns-Eberhard Schleyer, hat Sorgen, dass sich durch die Änderung der kreditaufsichtlichen Regelungen die Konditionen für kleine und mittlere Unternehmen verschlechtern. Er fordert bei der Risikobeurteilung von Krediten an Unternehmen nicht nur das Einzelfallrisiko des Kreditnehmers, sondern vor allem die Verteilung der Risiken im Rahmen der Geschäftsstruktur einer Bank zu berücksichtigen.

Ethisches Handeln und Unternehm-

enserfolg. - Henkel-Personalchef

Roland Schulz sieht das Bekenntnis zur gesellschaftlichen Verantwortung als wichtigen Unternehmensauftrag: „Wir tun im Zweifel nicht alles, was man tun könnte.“ Ethische Verantwortung werde zu einem zentralen Thema für die kommenden Jahre, meint der Henkel-Vorstand. Die Marktwirtschaft könne nicht einfach laufen gelassen werden, ... weil das freie Spiel der Kräfte zu Verwerfungen führe. „Wir orientieren uns an unseren Stakeholdern“, erläutert Schulz: Stakeholder sind alle Personengruppen, die potenziell von Entscheidungen des Unternehmens berührt werden: z.B. Anteilseigner, Mitarbeiter, Kunden, Lieferanten, Nachbarn der Fabriken ... Interessen der verschiedenen Stakeholder seien sorgsam auszubalancieren. *Presseauswertung: rst*



Nächste Ausgabe: Schwerpunkt im Teil REGIONALES: Auseinandersetzung um die Gliederung des Schulwesens in verschiedenen Bundesländern



Nächste Ausgabe: Schwerpunkt im Teil GEWERKSCHAFTLICHES: Lohnbewegung, Lohnquote und Umverteilung. Lohnforderungen der Gewerkschaften und Umverteilungspolitik der linken Parteien.



Wer mitmachen will oder Vorschläge hat, melde sich bitte bald bei:
email: pb@gnn-verlage.de oder Fax: 0821/2620179

maf

PDS kandidiert landesweit und „direkt“.

Weil von allen Parteien, die bisher nicht im Landtag vertreten waren, Unterstützungs-Unterschriften verlangt wurden, hatte die PDS Schleswig-Holstein bis zum 10. Januar dieses Jahres damit zu tun, 1000 Unterschriften für die Landesliste und 100 je Direktkandidatur zu sammeln. Erfolgreich tritt sie nun „direkt“ in zwei Wahlkreisen in Kiel mit Wiljo Heinen (Landesliste Platz 1) und Ulrich Schippels (Pl. 2), in vier Wahlkreisen in Lübeck mit Anette Woelke (Pl. 5), Ragnar Lüttke (Pl. 6), Frank Reinhardt und Sascha Thomas (Pl. 7) und im Wahlkreis in Norderstedt mit Edda Lechner (Pl. 3) auf. Außerdem stehen auf der Landesliste Astrid Sawatzky aus Wedel (Pl. 8), Johannes Wilm aus Flensburg (Pl. 10) und der aus der Friedensbewegung stammende parteilose Volker Bethge (Pl. 4).

Laut Wahlgesetz durften Mitglieder anderer Parteien nicht für die PDS kandidieren. Ein entsprechender Antrag der DKP war aber auch von der PDS selbst nach einer heftigen Debatte mit knapper Mehrheit bereits im Sommer 1999 abgelehnt worden. Die DKP kandidiert nun in drei Wahlkreisen im Süden Schl.-Holsteins, in denen die PDS nicht vertreten ist. Nur zur Direktkandidatur kam es auch bei diversen Bürgerparteien.

Der Süd-Schleswigsche Wählerbund (SSW) mit seinem Sonderstatus für die dänische Minderheit ist hingegen auf

Landesebene wählbar. Ebenso: Die Grauen, Die Frauen, Bibeltreue Christen (PBC), die Stadtpartei und – leider auch – die NPD.

Ansonsten werden die bisherigen Regierungsparteien Bündnis 90/Die Grünen und die SPD mit Ministerpräsidentin Heide Simonis an der Spitze gegen die FDP und die spendengeld-angeschlagene CDU unter Volker Rühle antreten.

1998 erhielt die PDS 25 470, bzw. 1,5% der abgegebenen Stimmen. Trotz kräftiger Wahlunterstützung vom PDS Bundesvorstand mit Geldern, Plakataktionen, Schulungsseminaren und Veranstaltungsreihen u.a. durch die Bundestagsabgeordneten Barbara Höll, Heidi Knaack-Werner und Gregor Gysi, wird mensch sich schon über eine Verdoppelung des Stimmenanteils sehr freuen dürfen.

Die 5%-Klausel zu schaffen (für die kommenden Kommunalwahlen muß sie wegl!), ist wohl eher ein Wunschtraum.

Unter dem Motto „Sozial gerecht. Ohne Wenn und Aber“ hat die PDS Schleswig-Holstein bei reger Teilnahme der alten, aber auch vieler neuer und jüngerer Genossen ein Programm erstellt, das sich für den Anfang sehen lassen kann. Sie nennt sich eine demokratische, sozialistische Partei, bei der theoretische Grundsätze neben konkreten Forderungen stehen und die soziale Sicherheit besonders betont wird. Woran die bürgerlichen Parteien seit Jahren ideologisch und materiell arbeiten, lehnt sie ab: Keine Be-

teiligung an einem militärischen regionalen „Sicherheitssystem im Ostseeraum“. *edl*

Streit in der PDS um das Verbot der Liebknecht-Luxemburg-Demo am 9. Januar in Berlin

Das Verbot der jährlichen Gedenkdemonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 9. Januar in Berlin durch den Berliner Innensenator und den Berliner Polizeipräsidenten hat einen Streit in der PDS ausgelöst. Zum Jahrestag ihrer Ermordung gehen jährlich etwa 100.000 Menschen zu den Ehrengräbern der beiden Ermordeten und legen dort Blumen nieder, die meisten als stilles Gedenken, viele (im letzten Jahr ca. 20.000) aber auch in einer Demonstration.

Der Innensenator hatte das am Samstag, den 8. Januar verhängte Verbot mit einem einen Tag vorher eingegangenen Drohbrief begründet, in dem ein früher auch im Umfeld der PDS politisch aktiver Mensch ein Attentat auf die Demo angedroht hatte. Die Zeit sei zu kurz, um die Demo noch zu schützen, hiess es von der Polizei. Die PDS hatte das Verbot akzeptiert und die Demonstration auf den 15. Januar verschoben. Petra Pau erklärte, sie habe „keine Veranlassung, der Polizei zu misstrauen“. (dpa, 10.1)

Nachdem am Tag des Verbots (Sonntag, 9.1.) dennoch mehrere tausend Menschen gegen das Verbot protestiert hatten



und 219 nach Polizeiangaben verhaftet und wegen Landfriedensbruch und Widerstand angezeigt wurden, kritisierte die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke, am folgenden 10. Januar in einem offenen Brief an die Berliner PDS-Landesvorsitzende Petra Pau die Reaktion der PDS.

Unter der Überschrift „Das war ein Fehler“ dokumentierte das „Neue Deutschland“ Auszüge aus Ulla Jelpkes Kritik. Natürlich dürfe die PDS eine solche Drohung nicht ignorieren. Aber „du kennst die Absicht Werthebachs, das Demonstrationsrecht einzuschränken. Du weißt, dass den Herrschenden die LL-Demo seit langem ein Dorn im Auge ist ... Du sagst selber, es dürfe ‚keinen Präzedenzfall der Erpressbarkeit‘ geben. Aber dieser Präzedenzfall ist jetzt schon da ... Kaum hat die Polizei die Demonstration verboten, nimmst du eine völlig unkritische Rolle ein. Dabei verstößt das Verbot – nach eigenem Eingeständnis der Polizei bisher einmalig in der Geschichte – in meinen Augen eindeutig gegen Grundrechte. Ist dir wirklich nicht in den Kopf gekommen, dass der Berliner CDU-Innensenator und die Polizei einen Durchgeknallten zum nützlichen Idioten machen, um gegen die seit Jahren von ihnen unerwünschte Aktion vorgehen zu können?“ Die PDS hätte juristisch und politisch gegen das Verbot vorgehen müssen, forderte Ulla Jelpke. Die PDS solle bei einem neuerlichen Verbot mit allen juristischen und politisch zulässigen Mitteln dagegen vorgehen, den infolge des Verbots verhafteten Menschen Rechtsschutz geben und in Zukunft sich an den Aktionseinheiten zur Durchführung der LL-Demonstration beteiligen und mit anderen antifaschistischen Gruppen ihr Vorgehen abstimmen.

Einen Tag später antwortete ihr Gregor Gysi. Ein Widerspruch gegen das Verbot sei schon aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich gewesen bzw. hätte zu einem möglicherweise chaotischen Ablauf der Aktion geführt. Scharf widersprach er der Forderung Ulla Jelpkes, die PDS möge sich künftig an den Aktionseinheiten beteiligen. Die PDS könne nicht für eine „Krawalldemo“ Verantwortung übernehmen. Ein Zusammengehen der PDS mit „dogmatischen Linken“ wie der MLPD oder Autonomen werde für die „undogmatische, demokratische Linke“ – gemeint ist die PDS – „katastrophale Folgen“ haben. Gysi schreibt, neben „den Rechten“ habe die dogmatische Linke den größten Anteil daran, dass der Sozialismus im Bewusstsein vieler diskreditiert sei.

Daraufhin antwortete ihm noch einmal Ulla Jelpke. Sie bekräftigte ihre Forderung, die PDS müsse gegen solch ein Verbot klagen. Das zeitliche Argument Gysis für die Hinnahme des Verbots überzeuge sie nicht, die PDS hätte die Demonstration verschieben und zugleich Klage vor dem Verwaltungsgericht einlegen können. (Ähnlich war z.B. 1967/68

die Humanistische Union im Zusammenhang mit Demonstrationsverboten nach dem Tod Benno Ohnesorgs und dem Attentat auf Dutschke vorgegangen und hatte ihre Klagen gewonnen.) Den Begriff „Krawalldemo“ solle die PDS nicht verwenden, schließlich läge die Entscheidung, ob eine Demonstration friedlich verlaufe oder mit Konflikt, meist bei der Polizei. Auch ihre Kritik an dem Eindruck einer Arbeitsteilung zwischen PDS und Polizei halte sie aufrecht. Zumal die Berliner Polizei die Proteste gegen das Verbot nicht vor dem Attentäter geschützt, sondern angegriffen, verprügelt und verhaftet habe. „Im Konflikt zwischen Bürgerrechten und Staat muss die PDS immer die unterstützen, die für ihre Bürgerrechte eintreten.“ „Ich kann mir nicht helfen, aber deine Aneinanderreihung von „MLPD“, „Autonome“, „Dogmatiker“ und „Krawalldemo“ weckt bei mir den unangenehmen Eindruck, als gäbe es Menschen in der PDS, die meinen, ‚solchen‘ Menschen geschehe vielleicht ganz recht, auf jeden Fall nichts Schlimmes, wenn sie von der Polizei geschlagen und/oder inhaftiert werden. ... Sind wir wieder dafür, dass die Polizei Linke anderer Richtungen verprügeln und verhaften kann, weil diese angeblich ‚Dogmatiker‘ sind? Ich dachte, das hätten wir überwunden. Wir sind keine Partei der Ordnung. Wir sind eine Bürgerrechtspartei, eine Partei des Widerstands gegen die herrschende Ordnung.“

Das „Neue Deutschland“ schrieb am 13.1., die PDS sei von dieser Debatte „voll erwischt“. „Das Demo-Verbot heißt die PDS-Programmdebatte an ... Die PDS rutscht nach dem Demo-Verbot in einen Streit, der in der Konsequenz auf das Verhältnis einer Oppositionspartei zu staatlicher Macht hinausläuft. Diese Frage gehört zu den weißen Flecken in der PDS-Programmatik.“ Ähnlich die „FAZ“, die am 13.1. unter der Überschrift „PDS streitet über ihr Selbstverständnis“ schrieb: „Das Verbot ... hat in der PDS einen Grundsatzstreit über das eigene Selbstverständnis wieder erweckt: Sieht sich die PDS als Systemopposition oder als systemkonforme sozialistische (also eher sozialdemokratische) Partei.“

Der Berliner PDS-Landesvorstand will, nachdem die LL-Ehrung am 15. Januar ohne Störungen stattfand, in der nächsten Zeit die Aktion auswerten und in Ruhe noch einmal beraten. *rül*

Parteiratstagung am 15.1.2000 in Berlin

Pflicht: Im Zentrum der Parteiratssitzung stand pflichtgemäß die Beratung über die Tagesordnung der 3. Tagung des Parteirates in Münster. Der Parteitag wird am Freitag, den 7. April in Münster beginnen und bis zum Sonntag dauern. Die Tagesordnung ist übervoll, Arbeitspräsidium und Parteivorstand planen wichtige Entscheidungen.

Erstens wird diskutiert, wie die Programmdiskussion weiterzuführen sei. Dazu wird es einen Leitantrag geben.

Wahrscheinlich wird beantragt, von einer Neuverfassung des Programmes abzusehen und das vorhandene Programm zu überarbeiten.

Weiter geplant ist ein Leitantrag zu den friedenspolitischen Positionen. Wie es heißt, versucht man im Vorstand zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen. Was drinstehen soll ist noch unklar.

Den Vorschlag, den „Leitantrag Frieden“ auf diesem Parteitag zwar zu diskutieren, aber erst auf dem nächsten Parteitag zu verabschieden, lehnte der Parteirat bei nur acht Fürstimmen und einigen Enthaltungen klar ab.

Die Anregung der letzten Parteiratstagung, einen friedenspolitischen Kongress durchzuführen, griff der Vorstand auf. Tagungsort soll Bautzen sein. Es gibt wohl kaum einen Ort in der BRD, der vom Westen aus schwerer zu erreichen ist. (München: 8:39 auch 9:26 Stunden, Köln: 8:28, auch 9:13 Stunden, Hamburg: 5:28, Konstanz: 10:35 auch 11:36 Stunden. Zum Vergleich: München-Venedig 7:05 Stunden.)

Das durch Beschluss des Rostocker Parteitags vorgegebene Schwerpunktthema Ökologie/Weltwirtschaftsordnung/Geschlechterverhältnisse wird am Samstagnachmittag in einer „strukturierten Diskussion“ abgehandelt. Wünsche, diese Debatte in die Generaldebatte/Programmmatische Debatte einzubauen, drangen nicht durch.

Ferner stehen Wahlen der Bundeschiedskommission und der Bundesfinanzrevisionskommission an.

Schließlich ist noch ein Päckchen von Satzungsänderungen unterwegs. Fallen soll die Amts- und Mandatszeitbeschränkung auf acht Jahre, verschärft werden soll die Grenzziehung zwischen PDS-Mitgliedschaft und Mitgliedschaft in einer anderen Partei, zur Diskussion steht eine Vergrößerung des Vorstandes.

Die Leitanträge, auf die es diesmal ankommt, werden bis zum 12. Februar veröffentlicht. Fristgerechte Anträge an den Parteitag sind bis zum 26./27. Februar möglich. Es bleiben der Partei knapp zwei Wochen, sich mit den „leitenden“ Anträgen wirksam auseinanderzusetzen. Die nächste Tagung des Parteirates ist für Samstag, den 19. Februar vorgesehen.

... Und Kür:

Der Parteirat leistete sich seit längerer Zeit eine etwas ausführlichere Diskussion zum Thema „Sparpaket der Bundesregierung“. Dazu hielt Genossin Lottermoser aus Hamburg einen Einleitungsvortrag. Die Diskussion zeigte eine große Bandbreite der theoretischen Ansätze, zum Beispiel darin, wie man den Staat zu beurteilen habe. Stichworte „Staat des Kapitals“/ „Unser Staat“.

Schließlich ist noch mitzuteilen, dass der Parteirat diskutieren will, wie er seine durch die Satzung vorgegebenen Pflichten besser ausfüllen kann. Diese Debatte ist wichtig, da es in der Partei Tendenzen gibt, auf Zentralkomiteekonstruktionen zurückzugreifen. *maf*

Diskurs und Diktat – ein aktueller Einstieg

Die Diskussion der Friedenspolitik, die Fraktion und Vorstand der PDS der Partei aufgenötigt haben, wird in der Öffentlichkeit, zustimmend oder kritisch, als Indiz für einen Prozess der Anpassung gewertet, mit dem sich die Partei regierungsfähig machen wolle. Regierungsfähig durch die nachgewiesene Bereitschaft, der eigenen Anhänger- und Mitgliedschaft die Meinung der Parteiführung aufzuherrschen, regierungsfähig auch der Sache nach, durch die Bereitschaft staatliche Gewalt bis hin zum Extrem des Krieges notfalls auszuüben. Für eine solche Bewertung der Vorgänge in der breiten Öffentlichkeit ausschlaggebend sind keineswegs die Motive, die die Mehrheit in Fraktion bzw. Bundesvorstand bewogen haben mögen. Es geht um die Tat, d.h. die Durchsetzung einer Meinung auf dem Beschlusswege und von oben, und um deren Folge der Aufweichung des ohnehin schwachen antimilitaristischen Lagers in der BRD. Inzwischen wird der Konflikt um die Friedenspolitik von Kommentatoren und vielleicht auch von manchen Akteuren als musterhaft für die gesamte Programmdiskussion begriffen.

Was sind das für Kräfte, die an der Parteiführung ziehen und zerren, sie wandeln und wenden und der Parteidiskussion Regeln aufzwingen, wie sie nicht in Programm und Statut stehen?

Traditionen und innerparteiliche Kämpfe

Das heutige Parteienwesen in der Bundesrepublik hat seine Vorgeschichte, die Vorbilder und Traditionen setzt. So die Partei bei Hofe, die sich im Spiel der dynastischen Wechsel bildet und durch die Hoffnung der Parteigänger auf Teilhabe an der Macht geprägt ist. Anders die bürgerliche Verschwörung oder der bauerliche Bundschuh, die knechtende Verhältnisse abschütteln und die dahinterstehende Macht brechen wollen. Wieder anders der Aufklärerverein, der auf den Wandel der Gesetze durch Verbreitung von Wissen und Bildung der Urteilskraft setzt. Schließlich die Religionsgemeinschaft, die in Konventikeln und Sekten organisiert, den Verunsicherten autoritäre Gemeinschaft und Lebenshilfe bietet. Es mag noch manche anderen vorbildsetzenden Traditionen geben, jedenfalls handelt es sich um eine wirklich sehr kontroverse Mischung, und wer das Parteileben im Lande beobachtet, kann von all diesen Traditionen Spuren finden. Solche Traditionen sind besonders mächtig, weil sie unreflektiert übertragen werden können und von denen, die sie aufnehmen, als eigene Natur, eigener Wesenskern, der einer Begründung nicht be-

darf, behauptet werden. Laufbahnstreben, Widerstandswille, Kritik, Hilfsbedürfnis setzen starke und funktional verschiedene Ansprüche an das Parteiwesen. Es kommt zu Situationen, in denen Menschen in Parteien sich buchstäblich im Wege stehen und in bestürzender Selbstgewissheit daran gehen, den Weg zu räumen.

Programm und Statut liefern in solchen Macht- und Grabenkämpfen nicht den Maßstab und nicht den Rahmen für die Auseinandersetzung, sie werden viel eher von den Beteiligten an Motiven gemessen, die selbst nicht zur Debatte stehen und vielleicht gar nicht zur Debatte stehen können, weil sie von ihren Repräsentanten für naturgegeben gehalten werden.

Es ist möglich, dass eine Situation dieser Art auf die PDS zukommt. Sie wird die Partei desintegrieren, wenn es den Kombattanten nicht doch gelingt, ihre Selbstgewissheit zu hinterfragen. Motivkomplexe – andeutungsweise etwa Laufbahnstreben & Gestaltungswillen, Widerstand & Aktionsfähigkeit, Kritik & Geltungsanspruch, Lebenshilfe & Glaubensgemeinschaft – bringen unterschiedliche Praktiken und konkurrierende Anforderungen an das Parteileben hervor. Unter diesem Gesichtspunkt sind die für alle Parteien typischen unentwegten innerparteilichen Kämpfe nicht erstaunlich, verwunderlich ist eher, dass überhaupt gemeinsame Ziele und Verfahrensweisen, gefunden werden.

Parteidiskussion im Verhältnis zur staatlichen Machtentfaltung

Die bürgerliche Entwicklung der Gesellschaft schafft nicht einen demokratischen Staat, sondern trotz der hergekommenen, selbstherrlichen, absoluten Staatsgewalt die Bindung an Gesetze ab. In der Monarchie sind die Übertragungsmechanismen von politischer und wirtschaftlicher Macht noch durch die Familie integriert. Die Trennung der politischen Macht vom privaten Vermögen, die Scheidung von Staatsreproduktion und ziviler Reproduktion schafft die Voraussetzung dafür, dass bürgerliche Parlamente den Staatsapparat durch das Haushaltsrecht zügeln. Aber die Staatsorganisation bleibt wesentlich selbstrekrutierend. Auch wird die Vielzahl der Gesetze von der Beamtenschaft ausgearbeitet, auch in diesem, inhaltlichen Sinne schreibt die Staatsorganisation ihr (Un)wesen selbsttätig weiter. Aber wenn sich die Staatsorganisation auch personell und ideell weitgehend selbsttätig weiterpflanzt, sie bleibt wirtschaftlich vom Funktionieren der produzierenden Gesellschaft abhängig. Obwohl der Staat

als Gewaltmonopolist der entwaffneten Gesellschaft gegenübersteht, muss er untergehen, wenn die Produktion zum Erliegen kommt und mit der Steuer die Machtmittel ausbleiben. Das System der parlamentarischen Wahlen basiert auf dieser Konstellation und ermöglicht einen zivilen Verlauf des Gegensatzes zwischen dem Staat als Machtmonopolisten und der produzierenden Gesellschaft, der sonst in den Bürgerkrieg führt.

In der modernen bürgerlichen Gesellschaft gruppieren sich die Personen – frei und durch die Eigentumsverhältnisse genötigt zugleich – gemäß ihrer Lebensweise im politischen Raum und fordern ein ihrer spezifischen Lebensweise angemessenes System äußerer Daseinsbedingungen. Sie konkurrieren um ordnungspolitische und infrastrukturelle Leistungen des Staates, aber ganz gewiss nicht mit gleichem Zielen.

Grob unterschieden ist die Forderung nach Entfesselung der Macht des Staates von Forderungen nach Bindung des staatlichen Gewaltwesens durch zivile und zivilisierende Gesetze, das Streben nach Privilegierung des Reichtums vom Streben nach Emanzipation der arbeitenden Klassen.

Gleich bleibt für die modernen Parteien jedoch der Bezug auf den Staat, die Lenkung des Staatswesens durch den Staatshaushalt, die Beeinflussung der Gesellschaft durch Steuerhebung und Ausgabe, also durch Staatsaktivität.

Einerseits haben die modernen Parteien eine Funktion im Vorfeld des Staates. Die nach Interessen und Meinungen gruppierten politischen Bürger nehmen in ihrer Parteidiskussion das Staatshandeln gleichsam vorweg, führen sich wie ein gedachter Staat auf. Aber von der anderen Seite her gesehen nehmen Parteien auch das Absterben des Staates vorweg, weil sie der Gesellschaft zivile Zugänge zur Kontrolle des staatlichen Wesens öffnen, es stützen und seine Wirkungsmacht beschneiden wollen und indem sie auf Befreiung von gesetzten Zwängen und freiere Entwicklung der Lebensweise, auf selbstbestimmtes, emanzipiertes Leben zielen.

Man kann im Leben praktisch aller Parteien, durchaus widerstreitend, solche Komponenten auffinden.

Leider markiert dieser Unterschied keineswegs die Differenz zwischen den Parteien der Linken und der Rechten. Bei den Herrschenden gibt's Tendenzen, den Staat an kurzer Leine zu führen, und bei den Unterdrückten gibt's Hoffnungen auf Besserung ihrer Lage durch geeignete staatliche Machtentfaltung.

Für das Konzept der „Partei von Unten“, das sich auf die Vorwegnahme des Staates in der Partei skeptisch und auf

die von der Partei zu leistende Kritik des Machtgedankens und der Staatsgewalt als positiven Zweck bezieht, wäre aus dieser Problemlage zu folgern, dass es als einheitsstiftende Konzeption überfordert ist. Praktisch vermag es – auch im Leben einer linken Partei – nur einen Ausschnitt der am Diskurs beteiligten Kräfte zu organisieren, die anderen mögen es als zersetzend und bedrohlich empfinden. Und sie haben damit nicht unrecht. So ist der Diskursverlauf im Meinungsbildungsprozess von Linksparteien mit dem Staatsgedanken und der Staatsgewalt verwoben. Der Diskurs ist nicht frei. Das Diskursrisiko ist hoch.

Verständigungsprobleme

Der Diskurs als Möglichkeit der Verständigung vernünftiger wird noch durch den Umstand erschwert, dass die Wahrnehmung von Problemen von der Lebensweise, d.h. dem Gesamtkomplex verinnerlichter und äußerer Lebensbedingungen unzertrennlich und folglich notwendig subjektiv ist. Der politische Diskurs sollte aus gefühlter Ungleichheit, Abhängigkeit, Interessenlage klassifizierbare Tatbestände des politischen Bewusstseins erarbeiten. Aber der Parteizusammenhang entsteht nicht nur, vielleicht nicht einmal wesentlich aus den herausgearbeiteten Einsichten, sondern gewiss auch aus Vergemeinschaftung und Gemeinschaftsgefühl, die sich unmittelbar empfundenen Ähnlichkeiten in der Lebensweise verdanken.

Geht man von der Lebensweise aus, also davon, wie das Subjekt sich selbst fühlt, so lehrt diese Vorstellung, Rücksicht zu nehmen auf das System von Daseinsvoraussetzungen, in denen allein das Subjekt, wie es nun einmal geworden ist, weiter da sein, morgen wiederholen kann, was es heute mit Erfolg tat.

Eine solche Bindekraft wäre eine notwendig konservative, mächtige Kraft, als feste auf der Gewohnheit und dem Beharren auf Bewährtem beruhende, praktische Notwendigkeit des täglichen Lebens. Der vernünftige Diskurs, in dem sich die Subjekte das Verstehen lehren, lockert das Parteiwesen, so weit es durch spontane Zustimmung bestimmt ist, auf und relativiert Ansprüche. Linkspluralistisch, diskursiv etc. sind Kennzeichnungen nicht für ein praktikables Parteiwesen, entsprechende Verfahren können die „Einheit“, die „Geschlossenheit“ das „Zusammengehörigkeitsgefühl“ bedrohen, auch diese Verfahren begründen nur besondere Momente auch im linken Parteiwesen, das insgesamt durch heterogene Ziele bestimmt bleibt.

Reformen als verbindende Kraft?

Eine verbindende und starke Kraft ist das Streben nach Entwicklung, nach einem besseren Leben. Schon die Neugier bricht die Macht der Gewohnheit auf. So kommen aus der gesellschaftlichen Er-

fahrung ununterbrochen Anregungen in die Parteidiskussion. Folglich richtet sich der Diskurs der Linksparteien weniger auf das Umkrempeln oder Bessern von Menschen, sondern auf Änderung der äußeren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch Politik, d.h. durch Gesetze aufzuheben bzw. anders zu setzen sind.

Mithin hat die Partei die politische Aufgabe, die von ihr vertretenen Ziele und Wünsche bis zu der klaren Form von Gesetzen auszuformulieren und eine Mehrheit dafür zu besorgen. Also braucht sie Leute, denen an Ausübung politischer Macht gelegen ist. Sie kann sich unmöglich von solchen Leuten freihalten. Strukturell problematisch ist freilich, dass sich so angelegte Personen in den Repräsentationsorganen der Partei ansammeln müssen und dazu neigen, sich dort massiert für das Ganze zu halten. Noch problematischer, dass die Partei, soweit sie Partei ist, dazu dient, die Vorstellungen der von ihr Repräsentierten als allgemeine Anforderungen an das System der äußeren Daseinsbedingungen zu formulieren, Staatskeim ist und dem Druck der Anpassung ebenso wie dem Liebäugeln mit normensetzender Macht ausgesetzt. Soweit die Partei Einrichtung ist, in der die Subjekte ihre Interessen gegenseitig reflektieren und am Entwicklungsgedanken ausrichten, ist sie notwendige Stütze jeder emanzipativen Bewegung, denn nicht anders lernt man Verständnis, als wenn es von konkreten Anderen eingefordert wird.

Nimmt man den Fall, in dem sich ein Emanzipationsinteresse Bahn brechen will, so ist die Kollision mit der Notwendigkeit, das Aktionsziel als Gesetz, d.h. mit dem Anspruch allgemeiner Gültigkeit zu formulieren, absehbar. Die schlechten Kompromisse, halten eine kritische Debatte, die aus wissenschaftliche Selbstachtung bedacht ist, nicht aus. Ganz zu schweigen für den Zusammenhalt als Gemeinschaft in Glauben und Gesinnung.

Was folgt daraus?

So weit die Parteiarbeit politische Arbeit ist, muss sie Forderungen so formulieren, dass sie allgemein geltend gemacht, durchgesetzt werden können, eine Arbeit, für die man sich qualifiziert, wenn man sich Staats-Gedanken macht. So weit die Partei emanzipativ orientierte Einrichtung ist, muss sie die Mittel zum Verstehen lehren und die Gelegenheit bieten, die Reflexion zu üben. So weit die Partei aktionsfähig sein will, muss sie massenhafte Wahrnehmungen aufgreifen und verfechten. So weit die Partei Gesinnungsgemeinschaft sein und Lebenshilfe bieten will, muss sie eigene Traditionen und tröstliche Riten ausprägen.

So ist das Parteiwesen in der bürgerlichen Gesellschaft ambivalent. Es ist repressiv und gewalttätig, wie der Staat, auf den es bezogen ist, es ist emanzipativ

und notwendig für jede Art Entwicklung, wie die vergesellschafteten Lebensweisen, auf denen es beruht, und die Subjekte, die es auf eine rationale Weise in verständigen Bezug bringt.

Linkes Parteiwesen ist notwendig, weil die Klassengesellschaft den Diskurs der vergesellschafteten Subjekte nicht unmittelbar zulässt. In allen Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft besteht die Situation der Herrschaft, die den Diskurs verzerrt, wenn sie ihn überhaupt zulässt und die jedenfalls die ohnehin Mächtigen zu Meinungsbildnern macht.

Die Hoffnung in diesem Parteileben die bessere Gesellschaft, zu der man strebt, vorwegnehmen zu können, muss meistens enttäuscht werden. Die Partei ist für die Individuen, die sich befreien wollen, eine notwendiges Hilfsmittel. Es ist verkehrt, der Partei eine führende Rolle zuzuschreiben. Sie bedarf vielmehr der Führung und die Repräsentationsorgane bedürfen der Führung am meisten.

Die verbindende Kraft von Strategien

Die vielfältigen Unterschiede und Zerwürfnisse, die das Parteileben prägen, werfen allen Erstes die Frage auf, was so eine Partei zusammenhält. Es dürften wohl jene Ansichten sein, die in der Meinung der Mitglieder unumstritten sind und Handlungsziele beschreiben. Zielvorstellungen wie: Nie wieder Krieg! Kein Faschismus! Kein Rassismus! Keine Klassenschranken! Keine Armut! Rücksicht auf die Umwelt!... Oder anders: Frieden! Demokratie! Gleichberechtigung! Wohlstand! Emanzipation! Parteigängerinnen und Parteigänger teilen solche hier in Schlagworten ausgedrückten Zielsetzungen und streiten um ihrerwillen mit anderen, miteinander um die richtige Art, sie zu fördern. Sie sind die Währung, in der innerparteilich, aber auch zwischen der Partei und den Wählerinnen und Wählern abgerechnet wird. Sie ergeben sich aus tagtäglichen und geschichtlichen Erfahrungen, in ihnen verbindet sich Erlebtes und Gehörtes mit Bedachtem. Unter diesem Gesichtspunkt wird eine Partei durch die Meinungen ihrer Anhängerinnen und Anhänger getragen und bewährt sich darin, gemäß diesen Meinungen Politik „zu machen“. Wenn es zutrifft, dass Strategien die Partei und die Wählerschaft zusammenhalten, dann zeigen schon ganz oberflächliche Versuche, derartige Sätze auszumachen, dass ein parteiübergreifender Zusammenhang besteht, der durch Entwicklungen der öffentlichen Meinung gegeben ist.

Wer auf die realen politischen Ansichten von Parteien Wert legt, muss vor allem um die öffentliche Meinung kämpfen. Für diese Auseinandersetzung liefert die Partei Rückhalt. Auch gibt es viele komplexe Argumente, die nur in einer Parteidiskussion erarbeitet werden kön-

nen. Aber die Partei ist nur eine Komponente im Meinungsbildungsprozess, und es gibt Tage, an denen Parteimitglieder leichter zu argumentieren hätten, hätten sie ihre Partei nicht im Rücken.

Konsequenzen

In der Vorstellung, dass die Partei ein höheres Wesen sei, leben uralte Traditionen von Herrschaft fort. Dagegen steht eine Konzeption von Partei als Gemeinschaftseinrichtung. Der wesentliche Zweck dieser Einrichtung ist die Entwicklung von Argumenten, die mit dem Anspruch politischer Praktikabilität getrieben werden muss. Nur scheinbar fallen politischen Entscheidungen in den Parteien, tatsächlich sind die Präferenzen, die sich in der öffentlichen Meinung gebildet haben, für den Verlauf der Parteidiskussion maßgebend. Die ambivalente Funktion der Partei zwischen Staat und Gesellschaft kann auch in einer Linkspartei nicht aufgehoben werden. Die Tendenz von Parteien, sich zuzurichten, bis sie zu den Erfordernissen von Herrschaft passen, wird von zwei Faktoren beeinflusst:

Zum einen von der Reife der in der Gesellschaft gängigen kritischen politischen Meinungen. Bleiben diese naiv und utopisch, wirkt der Anpassungsdruck übermächtig, das bewirkt die Notwendigkeit, politisch, d.h. mit allgemeinem Geltungsanspruch zu formulieren in Verbindung mit der Macht des Faktischen.

Zum anderen von der Bereitschaft Betroffener, gemäß ihren strategischen Zielsetzungen zu Handeln, d.h. konkret zu meist, sich zu verweigern. Ob es sich um einzelne, zersplitterte Akte wie das massenhafte Verweigern des Militärdienstes handelt, oder um hoch organisierte Aktionen wie das Androhung von Streiks, immer sind es Aktionen, die Argumente unter Bewährungszwang stellen und aus deren Praxis und Erfahrung strategische Ansichten folgen.

Als Linkspartei muss die PDS sich in den Kämpfen der Zeit nützlich machen, vor allem durch wohl-durchdachte Argumente und Gegenkritiken. Wenn sie darauf abzielt, mehrheitsfähige Gesetze und Verordnungen für das Staats- und Verwaltungshandeln zu entwickeln, muss sie die Kollision mit anerkannten strategischen Zielen vermeiden. Lässt sie sich zum Beispiel darauf, in Anpassung an Gegebenheiten eine Friedenspolitik zu formulieren, die nicht zur der Strategie der Verweigerung jedes Kriegsdienstes passt, gib sie das Bild jenes mythischen Esels ab, der mit dümmlich selbstzufriedener Miene an dem Strohseil knabbert, an dem das Verhängnis über der Welt schwebt.

maf

Zur Rezeption der PKK in der bundesdeutschen Linken

Solidarität an den Betroffenen vorbei?

von Sabine Skubsch

Die antinationale Linke wirft der Kurdistansolidarität vor, zwischen einem „schlechten“ Unterdrückernationalismus und einem „guten“ Befreiungsnationalismus zu unterscheiden und damit den Charakter solcher Nationalkonstrukte zu übersehen, die innergesellschaftliche soziale Widersprüche verwischt und Fremde ausschließen. Die Kurdistansolidarität wiederhole die Fehler vieler sozialistischer Politiker, nationale Bewegungen nur bezüglich ihrer Funktion für die Revolution zu bewerten. Auch Marx und Engels hielten es nicht für notwendig, die sozialen Antriebskräfte des Nationalismus zu untersuchen. Der Nationalismus war Ausdruck eines Durchgangsstadiums, das es zu überwinden galt. Im Kommunistischen Manifest von 1848 heißt es: „Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“

Die Bedingungen kolonialer Ausbeutung zwangen die Befreiungsbewegungen zu einer Gratwanderung zwischen dem Kampf gegen den Imperialismus und gegen die soziale Ungleichheit innerhalb der eigenen Gesellschaft. Vom Imperialismus wurden sie zu „Unmündi-

gen“ erklärt und gingen gegen diese Fremdbestimmung auch Bündnisse mit tribalen, feudalen oder nationalen Eliten ein. Im Kampf um soziale Befreiung eigneten sie sich westliche Konzepte wie Aufklärung und Sozialismus an. Der Theoretiker der algerischen Revolution, Fanon, wollte den Kampf gegen den französischen Kolonialismus genauso wie gegen Ethnisierung und Tribalismus führen – mit dem Konzept der algerischen Nation zur Mobilisierung der Massen. Im Marxschen Sinne sah er sie als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zum eigentlichen Ziel, der sozialen Befreiung. Aber gerade die Konstruktion einer homogenen Nation trug dazu bei, die sozialen und politischen Widersprüche innerhalb der Nation zu verwischen, statt sie zu lösen.

Auch die PKK bezieht sich auf das Konzept von Fanon. Gegen den Kolonialismus des türkischen Staates und die feudalistischen Strukturen der kurdischen Gesellschaft mobilisiert sie mit der Idee der kurdischen Nation. Einerseits kämpft sie für sozialistische Ziele und für eine Modernisierung der kurdischen Gesellschaft, andererseits konstruiert sie den kurdischen Nationalismus in Konkurrenz zum türkischen. Zur Stützung einer nationalen Identität reproduziert das PKK-Programm Mythen wie die Abstammung von den Medern und eine jahrhundertelange „Unterwerfung unter eine permanente Tyrannei und Okkupation“. Die nationale Frage wird als Hauptwiderspruch und Voraussetzung für die Lösung gesellschaftlicher Widersprüche benannt.

Allerdings hat der zwei Jahrzehnte dauernde Befreiungskampf die kurdische Gesellschaft nachhaltig verändert. Feudalistische Strukturen wurden durch militärischen und ideologischen Kampf zurückgedrängt. Aufklärerische und emanzipative Gedanken gelangten bis ins letzte Dorf. Die untersten sozialen Schichten der kurdischen Gesellschaft, auf die der Erfolg der PKK aufbaute, wurden politisch gestärkt. Parteien und Ge-



werkschaften konnten sich bilden.

Gerade diesen Punkt übersieht die „antinationale“ Kritik. Ihr nur an den Ideologien einer Metropolenlinken orientiertes Weltbild macht sie unsensibel für sozialen Wandel innerhalb anderer Kontexte. Der Verlust der Integrationskraft sozialistischer Konzepte nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus hat zwar die nationalen Tendenzen gestärkt; allerdings gab die PKK den Anspruch auf einen eigenen kurdischen Staat auf und erkennt im Parteiprogramm von 1995 ausdrücklich die sozialpolitischen Differenzierungen zwischen den Kurden, die in den verschiedenen Staaten leben, an. In seiner Verteidigungsrede vor dem türkischen Gericht hat sich Öcalan nochmals ausdrücklich von der Idee eines eigenen kurdischen Staates distanziert. Darüber hinaus erteilte er kurdisch-nationalistischen Standpunkten eine schroffe Absage. Sein vorgetragenes Konzept der „Demokratisierung der Türkei“ deutet darauf hin, Lösungen innerhalb der bestehenden Gesellschaft der Türkei zu suchen, statt partikulare kurdische Lösungen.

Während die Vietnambewegung nie einen leibhaftigen Vietnamesen zu Gesicht bekam, konfrontieren die kurdischen MigrantInnen in Europa jede und jeden „Solidarischen“ mit der ganzen Widersprüchlichkeit dieser Bewegung. Ein Sommerabend in einem kurdischen Dorf spricht viele Sehnsüchte eines Stadtmenschen an, wobei die unzureichenden hygienischen Verhältnisse und die Armut schon mal übersehen werden können. Aber MigrantInnen, die in erster Linie mühsam ihr Überleben in einer Gesellschaft sichern, die ihnen keinen Platz geben will, und die meinen, ihre Würde nur in einem verzweiferten Festhalten an alten Traditionen erhalten zu können, eignen sich nicht für romantische Projektionen.

Stellt man fest, dass das eigene Bild nicht stimmt, gibt es zwei Möglichkeiten: Man revidiert es, oder man wendet sich von dem Objekt ab, das dem Bild nicht entspricht. Sich enttäuscht abzuwenden scheint vielen offensichtlich der einfachere Weg zu sein. Wer Schuld hat, ist klar. Sie liegt bei denen, die den „Fehler“ gemacht haben, dem Bild nicht zu entsprechen.

Der „antinationalen“ Kritik ist die Schwäche jeder sich radikal universalistisch gebärdenden Theorie inhärent. Sie ist nicht in der Lage, sozio-kulturelle Unterschiede zu interpretieren und überhöht die universale Legitimation dominanter Kulturen. Auch die angestrebte Universalkultur eines „kosmopolitischen Kommunismus“ (gruppe demontage) wird letztlich die Merkmale der Kultur tragen, die sich durchgesetzt hat. Der Kulturuniversalismus treibt zwar den Ethnozentrismus mit dem Argument aus, es gebe keine naturbedingte Verschiedenartigkeit der Ethnien; über die Hintertür der Aufklärung, der Modernitäts-

differenz oder der feministischen Kritik wird er aber wieder hereingelassen.

Auch universalistische Paradigmen rechtfertigen Unterdrückung. Von einer sich als „deutsch“ konstruierenden Mehrheit wird die Zurückweisung der „Anderen“ weniger nationalistisch als mit Modernitätsdifferenz begründet. Der türkische Kemalismus rechtfertigt die Repressionen gegenüber der kurdischen Bevölkerung als einen Kampf, der im Namen der Moderne gegen den „rückständigen“ kurdischen Nationalismus geführt werden muss. Joschka Fischer lässt Ex-Jugoslawien im Namen von Demokratie und Menschenrechten bombardieren. Universalistische Maßstäbe werden zur Rechtfertigung einer aggressiven Außenpolitik der westlichen Welt herangezogen.

Der Feminismus wird bei der Beurteilung anderer Gesellschaften auch von denen zur universalen Norm erhoben, die sich dessen Kritik in ihrem persönlichen Leben nicht stellen wollen.

Der Antinationalismus nimmt einen spezifischen Diskurs, der in einem Segment einer diffundierenden Linken in der Bundesrepublik geführt wird, zum Maßstab, die Welt zu beurteilen. Wir müssten uns fragen, so Birgit Rommelspacher, inwieweit auch unsere Befreiungsphantasien von Dominanzwünschen getragen sind. Die „antinationale Linke“ bewertet die traditionelle kurdische Gesellschaft nach Maßstäben, die aus der Kritik moderner Gesellschaften entstanden sind. Damit bestärkt sie letztendlich Machtverhältnisse, die sich auf die Überlegenheit moderner Gesellschaften berufen. Unfähig die PKK im Kontext widersprüchlicher sozialer Prozesse zu analysieren, fordert die „gruppe demontage“ in ihrer Abrechnung mit dem „Mythos nationaler Befreiung“, Solidarität „an der PKK vorbei zu üben“.

Nun fragt man oder frau sich, wie man denn Solidarität mit einer kolonial unterdrückten Bevölkerungsgruppe üben soll, ohne sich auf die Betroffenen zu beziehen. Dieses Dilemma offensichtlich erkennend, schafft sich die „gruppe demontage“ einen kurdischen MigrantInnen „nach ihrem Bilde“. Da ist die Rede von „politisch aktiven Flüchtlingen“ oder gar von „linken MigrantInnen und Flüchtlingen ... die sich politisch nicht über eine ethnische Zuschreibung definieren“ oder von „anderen Linken außerhalb der PKK“. Während eine antiimperialistische Linke dazu neigte, Befreiungsbewegungen zur Projektionsfläche ihrer revolutionsromantischen Träume zu erheben, so füllen diesen Platz bei der „antinationalen Linken“ die MigrantInnen. Um das



Wohlwollen der Linken zu erheischen, sollten diese MigrantInnen sich wahrscheinlich „antinational“, „anti-identitär“ und feministisch präsentieren. Jede und jeder, der oder die erfolgreich das Nadelöhr linker politischer Wertvorstellungen durchschritten hat, wird mit uneingeschränkter Solidarität rechnen können.

Solidarität sollte, da sind sich die antinationale Linke und die Kurdistan-solidarität ausnahmsweise einig, an gemeinsamen Zielen entwickelt werden: Gegen die deutsche Türkeiipolitik in Bezug auf Kurdistan, gegen die Repression im Zusammenhang mit dem PKK-Verbot sowie gegen Abschiebungen. Allerdings sollte sie darüber hinaus kurdischen Organisationen ein Forum bieten, die durch die Kriminalisierung weitgehend vom gesellschaftlichen Diskurs ausgeschlossen werden. Auch dies hat zu einer Verstärkung nationalistischer Positionen unter kurdischen MigrantInnen geführt.

Eine Solidaritätsbewegung muss sich ständig selbst reflektieren, um zu überprüfen, inwieweit sie dominante Werte oder Projektionen aufzwingt. Da das – wie die Debatte zeigt – im eigenen „Saft“ nicht gelingt, plädiere ich für den Aufbau realer Beziehungen zu kurdischen Gruppen und Einzelpersonen in der Bundesrepublik, der Türkei oder Kurdistan. Eine Vernetzung zwischen GewerkschafterInnen, Jugendgruppen aus Kurdistan und der Bundesrepublik oder zwischen linken Gruppen und kurdischen Selbsthilfeorganisationen könnte einen realen und kontinuierlichen Dialog herstellen sowie über konkrete Projekte das Verständnis für einander fördern; darüber hinaus wäre es ein Korrektiv für ideologisierte Projektionen.

(Dieser Artikel erschien zuerst in: *Blätter des iz3w* Nr. 242 im Januar 2000.)

20. Januar: Köln: *Soldatengottesdienst mit Kardinal Meisner* in Kölner Dom und *Aktionen dagegen* vor dem Dom. Kontakt: PAX AN! Ak Frieden Köln c/o Rolf-R. Noack, Riehler Gürtel 10, 50735 Köln, Tel.: 0221/7602307. Internet: <http://www.is-koeln.de/friedensforum/>

22. Januar: Ratschlag „Für eine politische Regulierung der internationalen Finanzmärkte“ in Frankfurt. Im Einladungsschreiben (u.a. von WEED, Pax Christi) heißt es: „Wenn es zu einer Krise kommt, werden ... binnen kurzer Zeit die Entwicklungsanstrengungen vieler Jahre zunichte gemacht und Millionen von Menschen in Armut und Elend gestürzt. Zivilgesellschaftliche Akteure in zahlreichen Ländern wollen sich damit nicht länger abfinden und setzen sich dafür ein, die Stabilitätsrisiken der Finanzmärkte wieder einer politischen und demokratischen Kontrolle unterzuordnen ... Auch in der Bundesrepublik haben Nichtregierungsorganisationen damit begonnen, sich mit der Rolle der Finanzmärkte zu beschäftigen und nach Wegen zu suchen, wie das riesige ökonomische Potential der internationalen Finanzmärkte in den Dienst einer sozial gerechten und ökologisch vertretbaren Entwicklung gestellt werden kann. Damit diese Anstrengungen politische Wirksamkeit entfalten können, sollten alle, die an dieser Problematik interessiert sind, ihre Kräfte vernetzen und bündeln.“ Ziel ist die Initiierung einer gemeinsamen Kampagne.

29./30. Januar: Bundestreffen der *PDS-AG Betrieb & Gewerkschaft* in Hangelberg bei Berlin

5. Februar: Bundesweite *Demonstration für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal* in Berlin

5./6. Februar: Der Landesparteitag der PDS NRW beschließt über *Wahlprogramm und Kandidatenliste* für die Landtagswahlen

12. Februar: Arbeitsausschuss des *Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften* in Fulda

19. Februar: *PDS-Landesparteitag* Brandenburg

19./20. Februar: 5. Landesparteitag, 5. Tagung der PDS Thüringen

27. Februar: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

17. März: Ordentliche *Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen*. Veranstalter von: Bundesverband Karlsruhe, Schwarzwaldhalle

7.- April: *PDS-Bundesparteitag* in Münster

9. April: 13. *CDU-Parteitag* in Essen

15.-16. April: Bundestreffen des *Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*

19. April: *Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG*, ICC Berlin, mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband kritischer Daim-

ADRESSAUFKLEBER

lerChrysler Aktionäre, Sophienstr. 19, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/608396, Fax: 0711/608357, E-Mail: orl@gaia.de Internet: <http://www.dfg-vk.de/orl/index.htm>

22. - 24. April: *Ostermärsche* in der ganzen Bundesrepublik

14. Mai: Landtagswahlen in NRW

26. Mai: *Nordatlantische Versammlung*, Frühjahrs-Tagung in Budapest 31.

31. Mai: *Deutscher Katholikentag* in Hamburg

1. Juni: EXPO 2000 in Hannover (bis 31.10.)

6. bis 12. Juni: *Internationale Luftfahrtausstellung (ILA)* in Berlin Schönefeld und *Gegenaktivitäten* von Friedensgruppen. (Ausstellungsprogramm siehe <http://www.ila-berlin.de>) Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: 030/615005-30, Fax: 030/61500529, E-Mail: info@kampagne.de Internet: <http://www.kampagne.de>

9. Juni: *Hauptversammlung der Deutschen Bank*, Festhalle Frankfurt mit *Aktionen der Kritischen Aktionäre*. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024, E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionäre.de>

8. bis 13. Juli: Europäische Konferenz der PädagogInnen für den Frieden „Entwicklung einer Kultur des Friedens – für Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie“ in Paris, UNESCO (Place Fontenoy). Kontakt: PädagogInnen für den Frieden (PPF) Bernhard Nolz, Kölner Str.11, 57072 Siegen, Tel.: 0271/20596, Fax: 0271/2390985 E-Mail: nolzpop@t-online.de Internet: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ppf>

7. November: US-Präsidentenwahlen, Neuwahl des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats sowie zahlreicher Gouverneure

Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal!

24.1 Berlin – Veranstaltung, Farbige Nichtsnutze? – Ab in den Knast! Strafen und Einsperren im Dienste rassistischer und sozialer Ausgrenzung in USA und BRD

24.1 Hildesheim – Film, Lesung & Konzert. Film 'Hinter diesen Mauern'; Lesung mit Texten von Mumia und anderen politischen Gefangenen, Konzert der Gruppe AradiaN.

25.1 Mannheim – Film & Veranstaltung, 19:30 Forum der Jugend, Film 'Hinter diesen Mauern' Mumia und der lange, Kampf um die Freiheit', Anschließend Diskussion

26.1 Wiesbaden – Veranstaltung, 'freedom now! – panthers, politics & prisoners', ab 19:00. Black Panther, pol. Gefangene, Industrieller Gefängnis-komplex & Internationale Solidarität. Info-laden Linker Projekte



27.1 Mannheim – Kundgebung & Infostand, 17 Uhr Paradeplatz

28.1 Frankfurt – Film & Veranstaltung, 18:00 Film 'Hinter diesen Mauern', 19:30 Veranstaltung mit Heike Kleffner, Journalistin

28.1 Mannheim – Film & Veranstaltung, 20 Uhr im „blockhaus“

2.2. Berlin – Veranstaltung, Racism kills. Still. Veranstaltung zu institutionalisiertem Rassismus in USA und BRD

4.2. Berlin – Veranstaltung, mit Len Weinglass), Über die aktuelle Situation; Firmen in Pennsylvania; Politische Gef. & Todesstrafe

4.2. Stuttgart – Veranstaltung, 20:00 BAZ 110, Ludwigstr. 110a, Stuttgart

Quelle: www.mumia.de/kund.html

KAZ

Kommunistische
Arbeiterzeitung Nr.294

Dez. 99 2DM

Zwischen den Kriegen

erscheint vierteljährlich
Einzelheft 2 DM
Jahresabo 15 DM

Redaktion der
Kommunistischen Arbeiterzeitung
Schweppermannstr. 19
Tel/Fax: 0911-356913 90408 Nürnberg